



Juniorenfirmen Projekt S. 6

Zwischenstand
und Berichte



WHO S. 5

Interview mit
Susanne Weber-Mosdorf



Berlintage S. 6

Bericht



© istockphoto

Schatz im Müll vergraben

Rohstoffe für Windräder, Handys und sonstige Hightech gehen aus, fürchtet die Bundesregierung. Darum sollen Unternehmen gefördert werden, die weltweit neue Minen erschließen. Die Alternative: „urbaner Bergbau“?

Die Aufregung begann mit einem Zwischenfall in den Nebelbänken des Ostchinesischen Meeres, September 2010: Die japanische Küstenwache umzingelt ein chinesisches Fischerboot, das sie innerhalb der japanischen Territorialgewässer vor den Senkaku-Inseln angetroffen haben. Das Boot versucht zu fliehen, rammt ein Schiff der japanischen Marine. Der chinesische Kapitän wird festgenommen. China droht, aus der Kollision werde eine „bittere Frucht“ erwachsen – und schränkt die Lieferung von so genannten Seltenen Erden, einer Gruppe von 17 Metallen mit seltsam klingenden Namen wie Ytterbium, Praseodym oder Neodym, nach Japan drastisch ein.

Manager und Politiker in den Industrienationen zeigten sich alarmiert, so klar war ihnen ihre Abhängigkeit von Rohstoffen selten vor Augen geführt worden. „Die Existenz von Unternehmen ist gefährdet“, warnte Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, BDI. „Rohstoffpolitik ist eine Schlüsselaufgabe“, erklärte FDP-Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel machte das Thema zur Chefsache, man müsse sich „über die langfristige Versorgung Gedanken machen“, forderte sie.

Fortan machte sich die Regierung Gedanken – allerdings viel zu einseitig, kritisieren Nichtregierungsorganisationen. Der Vorwurf: Die Regierung setze bei der Suche nach Nachschub allein auf den herkömmlichen Bergbau, sie blende die Risiken und Alternativen aus.

Der Hintergrund: Der Begriff Seltene Erden hätte gute Chancen Wort des Jahres 2010 zu werden. Selten zuvor ist so viel über sie geredet worden wie in den letzten Monaten.

Bis zum September vermochten selbst die meisten Konzernchefs kaum die Namen der Hightech-Metalle auszusprechen. Der Laie kannte sie schon gar nicht, sie kamen in seinem Alltag nicht vor. Das änderte sich abrupt.

Radiosprecher, Zeitungsredakteure, Fernsehautoren erzählten fortan, dass Deng Xiaoping, der Führer der Kommunistischen Partei, schon 1992 sagte „Der Nahe Osten hat sein Öl, China hat Seltene Erden. Sie erklärten, dass China mittlerweile 97 Prozent des globalen Handels mit den Seltenen Erden kontrolliere. Sie berichteten, dass die speziellen Metalle unentbehrlich seien für die Elektronik. Und sie wiesen daraufhin, dass ohne sie Präzisionsraketen ihr Ziel verfehlen, Windturbinen stehen bleiben, Handys nicht funktionieren würden – kurzum: die moderne Welt stehen bleiben könne.

Deutschland hat eine Rohstoffstrategie, 25 Seiten lang, verabschiedet und eine Deutsche Rohstoffagentur gegründet. FDP-Wirtschaftsminister Brüderle forderte darüber hinaus die deutsche Industrie auf, eine Art „Rohstoffkartell“ aufzubauen. Unternehmer sollen sich beim Rohstoffeinkauf und dem Erwerb von Minenrechten zusammentun, um eine stärkere Marktmacht zu haben.

Es geht der deutschen Regierung, genau wie anderen Industrienationen, freilich nicht allein um Seltene Erden, auch der Zugang der Wirtschaft zu anderen Rohstoffen soll einfacher werden. So soll die Rohstoffagentur unter dem Dach der Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften in Hannover weltweit nach neuen Vorkommen fahnden, die für hiesige Unternehmen hilfreich sein können. Direktinvestitionen werden gefördert. Darüber hinaus will die Regierung

IN DIESER AUSGABE

Schatz im Müll vergraben Hanna Gersmann	Seite 1
Wo setzt Nachhaltigkeit an? Dr. Nina Scheer	Seite 2
Mehrwertsteuer – Fiskalische und soziale Nachhaltigkeit durch Vereinfachung Eugen Schlachter, Gottfried Härle	Seite 3
Rente mit 67 Klaus Stähle	Seite 4
Die WHO und ihre Verantwortungsebenen Interview mit Susanne Weber-Mosdorf	Seite 5
Berlintage Bericht	Seite 6
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Bericht	Seite 7
Hinweise und Termine	Seite 9
Umwelt-Wirtschaftsethik Tagungsbericht	Seite 10
Gedenken an Dr. Hermann Scheer	Seite 11
Bestellformular	Seite 12

Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern aufbauen und darauf drängen, dass Zölle gestrichen werden.

Es sind Entwicklungs- und Schwellenländer, die reich sind an Bodenschätzen. Brüderle meint: „Es ist legitim, dass uns Länder, denen wir helfen, bei den Rohstoffen entgegenkommen“ – der Minister verlangt viel.

„Der Bergbau in Afrika, Asien und Lateinamerika belastet oft gravierend die Bevölkerung vor Ort, Menschen werden von ihrem Land vertrieben, Böden und Gewässer verseucht, bestehende Konflikte verschärft“, so sagt Elisabeth Strohscheid, Menschenrechtsexpertin beim kirchlichen Hilfswerk für die Entwicklungszusammenarbeit Misereor. Für die Bundesregierung sei das ein „Randthema“, meint sie – „ist es aber nicht.“ Die schwarz-gelbe Koalition verfolge vorrangig außenwirtschaftliche Interessen. Dabei müsse sie sich zu allererst einem konsequenten Do-no-harm-Ansatz verpflichten: Richte keinen Schaden an. So dürfe sie Bürgschaften und Kredite nur noch für solche Projekte vergeben, die eine Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung bestehen. Davon steht in der Rohstoffstrategie nichts. Die Jagd auf die kostbaren Metalle bleibt ein riskantes Geschäft.

Technikversagen, Sicherheitsmängel, Schlampereien – in der Rohstoffindustrie kommt es immer wieder zu Katastrophen. Die Rettung der verschütteten Bergleute in Chile, die dieses Jahr weltweit für Aufsehen gesorgt hat, ist eher eine Ausnahme. Das zeigen allein die jüngsten Fälle. In

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Wo setzt Nachhaltigkeit an?



Nina Scheer

Offiziell bekennt sich die Bundesregierung ethisch und haushaltspolitisch zur Entwicklungshilfe, ebenso zum Sozialstaatsprinzip und zur Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung gestaltet sich aber anders: Mit der – unter Einbeziehung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) – neu gegründeten deutschen Rohstoffagentur definiert Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle eine entwicklungspolitische Gangart des Neoliberalismus. Im Sinne „nachhaltiger Rohstoffversorgung“ soll die Verfügbarkeit von Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft sichergestellt werden. Und dies ist kein Alleingang. Bezugnehmend auf die Rohstoffagentur begrüßten Philipp Missfelder und Dr. Joachim Pfeiffer, Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Gründung: „Deutsche Unternehmen brauchen einen freien Zugang zu Rohstoffen“.

Den Kolonialismus haben wir hinter uns. Die Folgen der Ausbeutung der Welt haben wir mit Blick auf zur Neige gehende fossile Ressourcen vor uns. Nachhaltigkeit verlangt, die Folgewirkungen des Handelns in politische Ziele hineinzulesen. Die Ziele der deutschen Rohstoffagentur versprechen, dass dies von Seiten der Bundesregierung als ihrem Initiator unterlassen wurde: zugunsten eines kurzfristigen ökonomischen Nutzens, wie er sich mit der verfolgten Verfügung über Rohstoffvorkommen realisiert. Vollziehen wird sich dies zu Lasten der die Rohstoffe beherbergenden Länder. Allerdings: deren (wirtschaftliche) Zukunft ist – nicht zuletzt aus friedenspolitischer Sicht – auch die unsere und die zukünftiger Generationen. Sie sieht sich einer umgepflegten, ausgeplünderten und zerstörten Umwelt ausgesetzt.

Ein im Interesse der Wirtschaft handelnder Bundesminister und die Regierung, der er angehört, sollten Weichen stellen, auf deren Grundlage die Wirtschaft Anreiz und Wegweisung für eine zukünftig überlebensfähige wirtschaftliche Entwicklung und Produktion erhält. Dies verlangt, gegebene Ressourcenknappheiten und den Bedarf von Alternativen zu benennen sowie wirtschaftspolitisch zu begleiten. Dies verlangt auch, auf die Entwicklung von Technologien zur Wiederverwertung von Rohstoffen hinzuwirken. Nur hier kann eine Export- und Technologietransfer-Nation ihre Zukunft sehen.

Wenn die Bundesregierung unter Nachhaltigkeit den freien Zugang zu weltweit nicht den Bedarf stillenden Ressourcen versteht, weist die Weiche in eine Sackgasse. Unwürdig und zynisch mutet es an, dies auch noch in Zusammenwirken mit Entwicklungshilfepolitik und auf Grundlage derer Errungenschaften einzufädeln.

Dr. Nina Scheer

Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Europas Abhängigkeit Die EU hat 14 Rohstoffe als „kritisch“ eingestuft, weil sie eine hohe ökonomische Bedeutung vor allem für die Hightech-Industrie haben und zugleich ein hohes Lieferrisiko bergen. Dazu gehören Magnesium und Graphit, aber auch Kobalt, das für die Herstellung von Akkus und synthetischen Kraftstoffen genutzt wird, Gallium, das unter anderem für dünne Sonnenkollektoren benötigt wird, Germanium, aus dem Fiberglaskabel hergestellt werden, Platin, das für Katalysatoren benötigt wird, oder Neodym, mit dem unter anderem Magnete für Kernspintomographen produziert werden. Das Gros dieser Mineralien stamme aus vier Ländern: China, Russland, Kongo und Brasilien.

Editorial

Die Laufzeitverlängerung dominierte den politischen Diskurs des Spätsommers und es schien, als werde das geballte Potenzial außerparlamentarischer Kräfte mobilisiert, zeitlich begleitet und gefolgt von Stuttgart 21. Diese Themen, aber auch das mit dem hiesigen Artikel „Schatz im Müll vergraben“ aufgegriffene Phänomen, stellen zur Diskussion, inwieweit sich die politische Entscheidungsebene von gesellschaftlichen Werten entfernt hat und mit dieser Entfernung, wenn nicht gar Entfremdung, umgeht. Die vorliegende Ausgabe nimmt hierauf an verschiedenen Stellen Bezug.

Ausführlich wird über den Zwischenstand des Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“, das in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg in der zweiten Jahreshälfte an den Start ging, berichtet.

Inwieweit sich Wirtschaft und Gesundheitsvorsorge zueinander verhalten, erläutert Susanne Weber-Mosdorf, stellvertretende Generaldirektorin der WHO, im Rahmen eines Interviews.

UnternehmensGrün nimmt Abschied von Dr. Hermann Scheer, dessen letztes Buch „Der Ethische Imperativ, 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu verwirklichen ist“ im Rahmen der siebten Veranstaltung der Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik vorgestellt wurde.

Angeregte Gedanken wünscht

Dr. Nina Scheer

Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Fortsetzung von Seite 1

Ungarn hat hochgiftiger Bauxitschlamm aus einem Aluminiumwerk einen ganzen Landstrich verwüstet, mindestens acht Menschen starben. Als die Ölplattform Deepwater Horizon explodierte, gab es im Golf von Mexiko eine Umweltkatastrophe, die die schlimmsten Erwartungen übertraf. Die Rohstoffbranche gilt als eine der größten Umweltsünder überhaupt – selbst wenn alles normal läuft. Allein in Europa stammt schätzungsweise ein Drittel des jährlichen Giftmüll- und Abwasservolumens aus diesem Sektor.

Anderes Problem: Im Kongo führte der Abbau von Coltan beispielsweise zu einer Verschärfung des Bürgerkriegs. Die Rebellen konnten sich dank der Gewinne aus den Minen mit Waffen versorgen. Sie organisierten mit mafia-ähnlichen Methoden den Mineralienabbau, berichtete erst im März 2010 die Nichtregierungsorganisation „Global Witness“. Die Rebellen kämpfen nicht nur gegen Regierungstruppen, sie terrorisieren auch die Bevölkerung. Die Gier nach Rohstoffen ist konfliktträchtig. Ist die Ware tatsächlich so knapp?

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) hat gemeinsam mit Forschern des Berliner Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung 22 Rohstoffe und 32 Zukunftstechnologien unter die Lupe genommen. Es war ein Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Carsten Gandenberger, Wissenschaftler am Fraunhofer ISI erklärt die Gier nach dem Stoff so: Indium bildet eine leitende und transparente Schicht auf Flachbildschirmen, wer Solarzellen herstellt, braucht es auch. „Die Nachfrage aus Zukunftstechnologien wird bis 2030 mehr als dreimal so hoch sein wie die derzeitige Produktion“, sagt der Experte. Von Neodym, das etwa für den „iPod“ benötigt werde, werde in zwanzig Jahren das Vierfache gebraucht, von Gallium sogar das Sechsfache.

Mit dem technischen Fortschritt, mit immer neuen Computern, Mobiltelefonen, Solarzellen, Energiesparlampen steigt die Nachfrage nach den seltenen Metallen. Die USA haben bereits reagiert: Sie lassen ein altes Bergwerk für seltene Erden im kalifornischen Mountain Pass derzeit modernisieren und wollen es in zwei Jahren wieder in Betrieb nehmen. Bis Mitte der 1980er Jahre lagen die USA bei der Produktion von Seltenen Erden noch einsam an der Spitze. Dann verdrängte Peking die Konkurrenten.

Die Volksrepublik überflutete den Weltmarkt mit billiger Ware – dank geringer Arbeitskosten und niedriger Umweltauflagen. Die Trennung des Erzkonzentrats in einzelne Metalle ist ein aufwändiger Prozess, bei dem viel Wasser, viel Energie und viele hochgiftige Chemikalien eingesetzt werden. Doch nun schränkt China den Export ein, hebt Anfang Januar auch die Ausfuhrsteuern an. Der Westen fürchtet Engpässe – und tut alles um die Versorgung wieder auszubauen.

Natürlich habe jedes Element seine Besonderheit, sagt Gandenberger. Gadolinium, das in Atomreaktoren steckt, sei geologisch zum Beispiel selten. Scandium, das etwa zur Legierung von Fahrrädern genutzt wird, sei wiederum im

Erdreich sehr fein verteilt, die Gewinnung darum aufwändig. Er meint aber: „Echte Engpässe gibt es aus geologischer Sicht nicht“. Darum wird gebuddelt. Konzerne investieren jedes Jahr dreistellige Milliardenbeträge in die Erschließung neuer Minen und in den Bau der Verarbeitungsanlagen.

Das Geld kommt oft von Finanziers, die sich derzeit auf jedes Unternehmen stürzen, das Seltene Erden im Namen trägt. Ihre Notierungen sind in die Höhe geschossen. Sie erwarten satte Gewinne, die Preise insbesondere für Seltene Erden haben sich innerhalb von drei Jahren vervielfacht, zum Teil um den Faktor 15.

Die Deutsche Rohstoff AG mit Sitz in Heidelberg untersucht gerade den Untergrund im nordsächsischen Storkwitz. Ehemalige DDR-Geologen haben auf einen Bodenschatz hingewiesen: Dort in 170 bis 900 Meter Tiefe sollen 41.600 Tonnen Seltene Erden-Metalle lagern, darunter Neodym. Im kommenden Jahr will das Unternehmen entscheiden, ob es loslegen will. Storkwitz gilt in Europa als das einzige mögliche Vorkommen.

Derweil gehen Trupps in Australien, in Kanada, in Indien oder Malawi auf die Suche, dringen in die entlegensten Regionen des Planeten Erde vor, sprengen Berge, graben Stollen in Tausend Meter Tiefe. Dabei gibt es einen risikoarmen Weg mit knapper werdenden Rohstoffen umzugehen: Effizienz. „Wir müssen Materialien recyceln oder ersetzen durch weniger kritische Stoffe“, sagt Johannes Lackmann vom Zentrum Ressourceneffizienz des Vereins Deutscher Ingenieure. Es gebe Hersteller von Windrädern, die von Beginn an ohne seltene Erden wie Neodym auskommen seien. Sie erzeugten die Magnetfelder elektrodynamisch mit Kupfer und Eisen. Lackmann: „Die Möglichkeiten zur Substitution kritischer Rohstoffe werden unterschätzt.“

CDU-Bundesumweltminister Norbert Röttgen will zwar die Republik, so sagte er vor kurzem, „zur weltweit ressourceneffizientesten Volkswirtschaft“ machen. Darum hat er in seinem Haus auch das Referat „Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der ökologischen Ressourceneffizienz“ geschaffen. Nur: Die Leitung des Referates lässt der Minister monatelang unbesetzt. Für die Ressourceneffizienz gibt es kaum Personal – auch wenn das Potenzial enorm ist. In einem Report des UNO-Umweltprogramms (UNEP): 40 Millionen Tonnen elektronischer Geräte landen weltweit jährlich auf dem Müll – und mit ihnen gigantische Mengen Edelmetalle: Schon vier Handys enthalten zum Beispiel so viel Gold wie eine Tonne Gold-Erz. Die Vereinten Nationen haben längst gefordert, diesen Schatz, die sogenannten Sekundärrohstoffe, zu heben. Experten reden vom „urbanen Bergbau“. Das Problem, das die Bundesregierung und andere Industrienationen also zuallererst lösen sollten, heißt: Sekundärrohstoffe sind knapp.

Hanna Gersmann

Parlamentskorrespondentin der taz
Ressort Wirtschaft und Umwelt

Mehrwertsteuer UnternehmensGrün-Positionspapier

Fiskalische und Soziale Nachhaltigkeit durch Vereinfachung



Eugen Schlachter und Gottfried Härle

Die Umsatzsteuer wird in der EU in Form der Mehrwertsteuer erhoben: Gewerbliche Umsätze bleiben durch das Verfahren des Vorsteuerabzugs steuerfrei; die Steuer entsteht defacto nur beim Endverbraucher über den Preis. Die Mehrwertsteuer ist eine der ertragsstärksten und stabilsten Steuern. Das Aufkommen ist von 2004 bis 2008 deutlich gestiegen und lag im Jahr 2008 bei 178 Mrd. Euro. Die starke Zunahme in den Jahren ab 2007 beruht auf einer Anhebung des (vollen) Steuersatzes von 16 % auf 19 %. Die Mehrwertsteuer ist eine „Gemeinschaftssteuer“ an der nicht nur Bund, Länder und Gemeinden partizipieren, sondern auch die Europäische Union. Die staatlichen Ebenen partizipieren dabei nach den folgenden Anteilen,

- Bund 42,8 %
- Länder 39,7 %
- Gemeinden 13,6 %
- EU 4,2 %

wobei hier bereits berücksichtigt ist, dass die Gemeinden über die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder wiederum am Anteil des jeweiligen Landes partizipieren. Der direkte Anteil der Gemeinden, der in dem Anteil von 13,6 % enthalten ist, beträgt 2 %. Die Verteilung unter den Ländern erfolgt im Grundsatz nach Aufkommen, wobei ein Ausgleichsverfahren vorgeschaltet ist, da etwa die Einfuhrumsatzsteuer sehr ungleich anfällt. Bis hierhin sieht alles einfach und unproblematisch aus.

Die Problematik der Mehrwertsteuer liegt nun darin, dass es neben dem vollen Steuersatz von 19 % den reduzierten Steuersatz von 7 %¹ gibt und darüber hinaus Umsätze, die nach dem Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Steuer befreit sind. Die nationalen Regelungen müssen mit den EU-Vorgaben der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) vereinbar sein. Hierin ist festgelegt, auf welche Leistungen die Mitgliedstaaten einen ermäßigten Steuersatz anwenden dürfen. Das Aufkommen aus dem ermäßigten Steuersatz liegt bei 6,9 % des Gesamtaufkommens². Allerdings gehen durch die Festlegung des ermäßigten Satzes für zahlreiche Warenkategorien dem Fiskus in Deutschland fast 20 Mrd. Euro verloren, oder andersherum: Würden alle Umsätze zum vollen Satz versteuert, so läge das Aufkommen um 20 Mrd. Euro³ höher als heute. Diese Tatsache führt dazu, dass sich die Diskussion um die „Vereinfachung“ der Mehrwertsteuer wieder belebt hat.

Sogar der Bundesrechnungshof⁴ hat sich vor kurzem mit einem umfangreichen „Bericht über den ermäßigten Mehrwertsteuersatz“ in die Debatte eingeschaltet und stellt fest, dass die Umsatzsteuerermäßigungen

- oftmals schwierig von Umsätzen zum vollen Steuersatz abzugrenzen sind,
- einen hohen Personaleinsatz sowohl bei den Unternehmen als auch bei der Finanzverwaltung erfordern,
- zu häufigen Steuerausfällen durch falsche Steuersätze führen, wobei angesichts der Komplexität der Steuer dies nur zum Teil auf vorsätzliches Handeln im Sinne „missbräuchlicher Steuergestaltung“ zurückzuführen ist,
- eine angemessene Steuerprüfung nur durch einen enormen Verwaltungsaufwand zu leisten wäre und daher nicht stattfindet.

Weitere Studien, etwa vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim⁵, stellen fest, dass die Mehrwertsteuer als Instrument der Verteilungs- und Sozialpolitik „wenig geeignet“ ist, weil die Ermäßigungen „zu wenig zielgenau“ sind. In der Tat: Die Kasse im Supermarkt unterscheidet nicht nach reich und arm.

Viele Ermäßigungen sind auch offensichtlich unbegründet oder nicht mehr nachvollziehbar. Tatsächlich liest sich die Liste der Steuerermäßigungen über weite Strecken wie ein skurriles Drehbuch: Trüffel werden als Nahrungsmittel mit 7 % besteuert; außer sie sind mit Essig zubereitet, dann ist der volle Steuersatz von 19 % fällig. Getrocknete Schweineohren gelten in Deutschland als Hundefutter und sind voll zu besteuern; einige Mitgliedsländer sehen das Produkt jedoch als Nahrungsmittel mit dem ermäßigten Steuersatz an – die EU-Kommission teilt diese letztere Auffassung. Esel werden mit 19 % besteuert. Maulesel dagegen nur mit 7 %, und so weiter. Die Liste der Steuerermäßigungen umfasst 57 Kategorien von Begünstigungen.

Um die Komplexität des ermäßigten Steuersatzes für die Steuerverwaltung überhaupt handhabbar zu machen, hat das Bundesfinanzministerium ein „BMF-Schreiben“ im Umfang von 140 Seiten heraus gegeben.

Ein weiteres BMF-Schreiben, das die Grundlage für die Melde- und Anzeigepflichten sowie die Steuererklärung bei der Einfuhrumsatzsteuer für Unternehmen regelt, umfasst nochmals 52 Seiten. Hierdurch entsteht nicht nur in der Finanzverwaltung, sondern auch bei den Unternehmen ein sehr hoher bürokratischer Aufwand. Der Flickenteppich von vollen oder ermäßigten Steuersätzen geht dabei oftmals quer durch alle Branchen.

Zusätzlich gehen dem Fiskus durch Fehler bei Steuererklärung und Steuerveranlagung Einnahmen von rund 20 Mrd. Euro verloren. Die sogenannte Mehrwertsteuerlücke, d.h. die

Differenz, die sich aus Produktions- und Lieferstatistiken einerseits und dem Steueraufkommen andererseits ergibt, beträgt für die EU nach einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie jährlich 106 Mrd. Euro. Auf Deutschland entfallen dabei jährlich annähernd 17 Milliarden Euro. In anderen EU-Staaten bzw. „Steuerkulturen“ ist die Lücke noch höher. Für Griechenland wird sie von der EU-Kommission auf 30 % geschätzt.

Nun sind diese Steuerausfälle von 17 Mrd. Euro nicht allein auf die Komplexität der Steuergesetzgebung zurückzuführen, sondern auch auf Steuerbetrug, der sich – insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr – das Abrechnungssystem der Mehrwertsteuer durch sogenannte „Karusellgeschäfte“ zunutze macht – oder indem Umsätze einfach nicht in den Büchern auftauchen. Diesen Betrugsmöglichkeiten, deren Schaden für Deutschland auf 6-9 Mrd. Euro geschätzt wird, muss EU-weit durch andere Maßnahmen (z.B. das „reverse charge system“) begegnet werden, welche mit der Vereinfachung der Steuer wiederum nicht im Zusammenhang stehen. Auf das Konto der Komplexität gehen im Kontext der Steuerausfälle immerhin noch gut die Hälfte bzw. ca. 8-11 Mrd. Euro – oder jedenfalls mehr als 5 % des Gesamtaufkommens. Dies bedeutet allein für Baden-Württemberg einen Betrag von ca. 450 Mio. Euro jährlich. Auch wenn die theoretische Lücke nicht voll geschlossen werden kann, so ergibt sich hier doch ein ganz erhebliches Potenzial zur Haushaltskonsolidierung im Einnahmehereich.

Voraussetzung dafür ist eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer durch eine Vereinheitlichung des Steuersatzes. **Bei rechnerischer Aufkommensneutralität müsste dieser einheitliche Steuersatz bei 16 % liegen.**⁷ Hiernach säne der bisherige volle Steuersatz, wohingegen der heutige ermäßigte Steuersatz deutlich stiege. Dass der einheitliche aufkommensneutrale Steuersatz deutlich näher beim bisherigen vollen Satz liegt, ergibt sich daraus, dass – wie erwähnt – auf das Aufkommen aus dem ermäßigten Satz nur 6,5 % des Gesamtaufkommens entfallen. Der Gedanke einer Vereinheitlichung des Steuersatzes liegt also nahe, denn

- die Verwaltungskosten sinken für Staat und Steuerpflichtige
- das Aufkommen steigt durch die Schließung der „Mehrwertsteuer-Lücke“.

Die Nachhaltigkeit des Aufkommensverlaufs der Steuer wird also wesentlich verbessert, ohne dass dem eine Steuererhöhung zugrunde liegt.

Allerdings sind bei einer Vereinheitlichung des Steuersatzes die Verteilungswirkungen, also die Soziale Nachhaltigkeit zu beachten. Haushalte mit niedrigem Einkommen geben im statistischen Mittel einen höheren Anteil ihres

Fortsetzung auf Seite 4

¹ Der ermäßigte Steuersatz von 7 % wurde seit 1983 nicht angehoben. Seinerzeit betrug der volle Steuersatz nur 14 %. Manche reden daher immer noch vom „halben Steuersatz“.

² vgl. Bundesministerium der Finanzen: Bericht über die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, Berlin, 2007

³ Zum Mitrechnen (Mrd. Euro): $0,065 \times 176 = 11,44$ Aufkommen aus dem ermäßigten Steuersatz; bei Anwendung des vollen Satzes darauf: $11,44 \times 19 / 7 = 31,05$, Mehraufkommen: $31,05 - 11,44 = 19,62$

⁴ Bundesrechnungshof: Bericht nach § 99 BHO über den ermäßigten Umsatzsteuersatz, 28. Juni 2010, <http://bundesrechnunghof.de/veroeffentlichungen/sonderberichte/erm-umsatzsteuer.pdf>

⁵ <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Umsatzsteuerkurzfassung.pdf>

⁶ Die blau unterlegten Grafiken sind alle der folgenden Publikation entnommen: „Mehrwertsteuer, ermäßigter Satz und Befreiungen“, Deutsche Bank Research, 10.2009

⁷ Zum selbst Mitrechnen: Wenn alles zum vollen Satz versteuert wird, ergibt sich ein Aufkommen von $176 + 31,05 = 207,05$ (vgl. Fußnote 3). Um 176 zu erzielen reicht dann ein gleichmäßiger Satz von $19 \times 176 / 207,05 = 16,15$ %. Da sich je nach jährlichem Aufkommen die Relationen leicht verschieben können, gehen wir von einem gerundeten Satz von 16 % aus. Vgl. auch: Peffekoven, Rolf 2010: Zur Reform der Mehrwertsteuer – Zurück zu einer generellen Konsumbesteuerung, Gutachten für die INSM, Link zur Pressemitteilung (Kurzfassung): <http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Peffekoven16-Prozent-auf-alles.html>

⁸ Bei den Haushaltseinkommen bis 900 Euro handelt es sich größtenteils um Einpersonenhaushalte.

⁹ Die zahlenmäßige Übereinstimmung des Budgetanteils mit dem vollen Steuersatz ist zufällig.

¹⁰ http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Volksw Preise/EVS/EVS_EinnahmenAusgaben_t05.asp?a

¹¹ wir werden nachher empfehlen, den neuen Steuersatz eher bei 17 % anzusiedeln; dies erhöht den Ausgleichsbedarf für diese Einkommensgruppe auf $8,70 \times 12 \times 6,24 = 651$ Mio. Euro, stellt aber 11 Mrd Euro mehr Aufkommen als ein potenzielles Ausgleichsvolumen bereit.

¹² Irene Becker, Richard Hauser: „Vom Kinderzuschlag zum Kindergeldzuschlag: Ein Reformvorschlag zur Bekämpfung von Kinderarmut“; DIW, Februar 2008

¹³ beim aktuellen Aufkommen von 176 Mrd Euro ist das Mehraufkommen $176 \times 17/16 - 176 = 11$ Mrd. Euro

Impressum



Herausgeber: UnternehmensGrün e.V., Wielandstraße 17, 10629 Berlin, T 030/32599683, F 030/32599682, E-Mail:

info@unternehmensgruen.de, www.unternehmensgruen.de **Redaktion:** Dr. Nina Scheer, Chefredakteurin, v.i.S.d.P. **Layout:** Ute Vogt, freelance project, Stuttgart **Redaktionsbeirat:** Bernd Faller, Andreas Buchner, Klaus Stähle **Druck:** Oktoberdruck, Berlin; gedruckt auf 100% Recyclingpapier **Erscheinungsweise:** zwei Mal jährlich; **Preis** im Jahresabonnement: 20,- € zzgl. 5,00 € Versand, für Mitglieder kostenlos. **Anzeigenpreisliste** auf Anfrage, Abonnements nimmt der Herausgeber entgegen. Das Abonnement kann acht Wochen vor Jahresende abbestellt werden. Alle in unserer Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Inhalt darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Form – weder durch Fotokopie, noch durch andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen werden. Für unverlangt eingesandene Manuskripte kann der Herausgeber keine Haftung übernehmen. **Bildnachweise:** ©GRAFFITI; Joachim E. Roettgers; istockphoto, UnternehmensGrün-Archiv, Birgit Ziemke.

Fortsetzung von Seite 3

Einkommens für Güter des täglichen Bedarfs aus. Dazu gehören insbesondere Lebensmittel, für die meist der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz gilt.

Eine Reform der Mehrwertsteuer im Sinne eines einheitlichen Steuersatzes kommt aus der Sicht von UnternehmensGrün nur mit einem sozialen Ausgleich für untere Einkommensgruppen in Frage.

Um die Höhe eines Ausgleichs für BezieherInnen niedriger Einkommen außerhalb der Umsatzsteuer zu errechnen, ist zunächst nach dem Anteil des Einkommens zu fragen, den diese Haushalte derzeit für Waren und Dienstleistungen ausgeben, für die der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz gilt. Diese Daten können aus Mikrozensus Erhebungen relativ gut ermittelt werden. Das Schaubild links gibt einen Vergleich zur Aufteilung der Konsumausgaben in die verschiedenen Mehrwertsteuersätze bei hohen und bei niedrigen Einkommen.

Bei einem Haushaltseinkommen von bis zu 900 Euro⁸ liegt der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel (ermäßigter Steuersatz) bei 13 %, der Anteil für Waren des ermäßigten Steuersatzes außer Nahrungsmitteln bei 6 %. Der Budgetanteil mit ermäßigter Steuer beträgt also 19 %⁹. Währenddessen liegt bei diesem Einkommen und gesamten Konsumausgaben von 807 Euro der Anteil der Waren mit vollem Steuersatz bei 45 %. Steigt das Einkommen so steigt der Anteil der Waren mit vollem Steuersatz; der Anteil der Waren mit ermäßigtem Steuersatz an den Gesamtausgaben sinkt dagegen. Die folgende Grafik, die auf den gleichen Ursprungsdaten¹⁰ beruht, zeigt diesen Zusammenhang. Bei der oberen Einkommensgruppe „5.000-18.000 Euro“ mit durchschnittlichen Konsumausgaben von 3.998 Euro liegen die entsprechenden Anteile bei 14 % und 60 %.

Um den Sozialausgleich zu berechnen, betrachten wir beispielhaft die untere Einkommensgruppe bis zu einem Haushaltseinkommen von 900 Euro.

Müssen nun künftig für einen Anteil von 19 % der gesamten Konsumausgaben nicht 7 % sondern 16 % Umsatzsteuer (einheitlicher Steuersatz, siehe oben) für diese Waren berechnet werden, so steigen die entsprechenden Kosten um $16 - 7 = 9\%$. Diese Mehrbelastung bezieht sich wiederum auf 19 % der Konsumausgaben von 807 Euro also $0,19 \times 807 = 165,30$ Euro. Die Mehrbelastung beträgt also 9 % von 165,30 = 14,87 Euro. Dem steht eine Wenigerbelastung bei den Waren mit vollem Steuersatz von $19 - 16 = 3\%$ gegenüber. Dieser Vorteil bezieht sich auf Konsumausgaben von $0,45 \times 807 = 391,50$ Euro. Dies ergibt eine Wenigerbelastung von $0,03 \times 391,50 = 11,47$ Euro. Der Saldo von 14,87 mehr und 11,47 weniger Steuerbelastung ergibt schließlich eine **Mehrbelastung von 3,40 Euro pro Monat**¹¹.

Ein Sozialausgleich umfasst dann für diese Einkommensgruppe, zu der in der Bundesrepublik 6,24 Mio. Haushalte gehören, insgesamt ein Volumen von

- $12 \times 3,40 \times 6,24 = 254$ Mio. Euro jährlich⁶
- oder 0,14 % des Gesamtaufkommens der Mehrwertsteuer.

Der Umfang des Sozialausgleichs sollte – dies ist eine politische Entscheidung – über Haushaltseinkommen von 900 Euro hinaus weiter gefasst werden, insbesondere für Haushalte mit Kindern. Die Frage des Umfangs und der Finanzierung des Sozialausgleichs ist noch nicht abschließend geklärt, erscheint aber vor dem Hintergrund der hier angestellten, ersten Überlegungen lösbar.

Dabei muss die Frage der Organisation und der Auszahlung der Ausgleichsleistung so geregelt werden, dass keine neue Leistungskategorie und kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand geschaffen wird. Auch dies erscheint lösbar, indem der Ausgleich im Rahmen von ALG II als Regelsatzerhöhung erfolgt. Außerhalb von ALG II bietet es sich an, durch einen Zuschlag zum Kindergeld für untere Einkommensgruppen einen Sozialausgleich zu schaffen. Dafür gibt es gerechnete Konzepte in Publikationen¹² des DIW (Berlin), die zwar als Modelle zur Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt wurden, hier aber durchaus für den Sozialausgleich verwendet werden könnten.

Entscheidet man sich für einen neuen, allgemeinen Steuersatz von 17 % (bei Wegfall des ermäßigten Steuersatzes), so entstünde aus dem Steuertarif ein Mehraufkommen von 11 Mrd. Euro¹³ – dies wäre ein Volumen, das für einen Sozialausgleich mehr als auskömmlich ist. Mit diesem Volumen wären sogar weitere sozialpolitische Maßnahmen z. B., im Bereich der Bekämpfung der Kinderarmut, möglich.

Nicht zu vergessen sind hierbei die Vorteile, die sich zusätzlich zu diesem tariflichen Mehraufkommen in der Wirtschaft und bei der Finanzverwaltung aus der schrittweisen Schließung der Mehrwertsteuer-Lücke im Umfang von 8-9 Mrd. Euro (siehe oben) ergeben.

Als weiteren Beitrag zum Bürokratieabbau schlägt UnternehmensGrün vor, den Kleinunternehmerfreibetrag (§ 19 UStG) von 17.500 auf 25.000 Euro anzuheben.

Eugen Schlachter

Vorstand UnternehmensGrün

Gottfried Härle

Vorstand UnternehmensGrün

Rente mit 67

UnternehmensGrün-Positionspapier

UnternehmensGrün, Bundesverband der grünen Wirtschaft, spricht sich für die Beibehaltung des Einstiegs in die Rente mit 67 Jahren aus.



Klaus Stähle

Eine nachhaltige Sicherung des Rentensystems der Bundesrepublik verlangt Korrekturen. Die Rente mit 67 war der richtige Einstieg. Die Korrektur der Rentenformel durch die Schwarz-Rote-Koalition als Wahlgeschenk an die Rentner mag zwar politisch opportun gewesen sein, langfristig ist eine solche Rentenpolitik Gift für eine in die Zukunft gerichtete, den Anforderungen der Generationengerechtigkeit standhaltende Sozialpolitik.

Das Vertrauen in die Rente („Die Rente ist sicher“) war noch nie so gering wie heute.

70 % der Deutschen widerspricht der oft beschworenen Formel. Fragt man junge Menschen nach ihrer Einschätzung, ob sie im Alter eine auskömmliche staatliche Rentenzahlung erwarten, so bekommt man ein Gefühl für die realen Erwartungen.

Der oft beschworene demographische Wandel wird es insbesondere in den Jahren zwischen 2030 und 2040 erforderlich machen, dass die Staatsquote bei den Rentenversicherungsleistungen erheblich steigt. Langfristig muss daher gegengesteuert werden, damit unser Sozialsystem auch noch in weiterer Zukunft die Sicherheit bietet, die Bürger in einer sozialen Marktwirtschaft erwarten dürfen. Die Rente mit 67 gehört dazu. Der Einstieg in die Rente mit 67 erfolgt pro Geburtenjahr lediglich im Schritt von einem Monat pro Jahr.

Zwar ist die Beschäftigtenquote älterer ArbeitnehmerInnen gering. Aufgrund des demographischen Wandels ist aber der Wirtschaft klar, dass der Anteil der erwerbstätigen Älteren ansteigen wird. Der Mangel an Fachkräften wird die Unternehmen veranlassen, ihren älteren Mitarbeitern bei der Ausgestaltung der Arbeitszeit, z. B. durch eine etwas reduzierte Wochenarbeitszeit und/oder mehr Urlaube bei entsprechender Reduzierung der Vergütung, entgegenzukommen. Derlei Modelle bieten sich auch über den gesetzlichen Renteneintritt hinaus an. Der Gesetzgeber hat für solche in die Zukunft gerichteten Modelle möglichst heute schon Vorsorge zu treffen, damit sie nicht an sozialversicherungsrechtlichen und steuerrechtlichen Widrigkeiten scheitern. Fragt man Menschen, die noch leistungsfähig und gesund sind, zum Zeitpunkt ihres Renteneintritts, ob sie ihren Beruf nicht gerne auch in reduzierter Form fortgesetzt hätten, so wird man häufig genug die Antwort erhalten, dass sich viele eine sinnvolle Weiterbeschäftigung hätten vorstellen können, die Rahmenbedingungen aber nicht diesem Wunsch entsprechen hätten.

Stellt man heute den Renteneintritt mit 67 in Frage, mit dem Hinweis darauf, dass körperlich schwer arbeitende Menschen nach einem langjährigen Arbeitsleben schon mit 60 Jahren eine einträgliche und ihnen zumutbare Beschäftigung nicht mehr ausüben können, so muss über eine Anpassung der rentenrechtlichen Vorschriften nachgedacht werden. Der oft als Beispiel bemühte, körperlich schwer arbeitende Bauhandwerker, aber auch die jahrzehntlang in einer kalten Wurstfabrik arbeitende Packerin gibt es. Sie sind typische Arbeitsbiografien, die nicht nur auf eine lange Beschäftigungsdauer, sondern auch auf eine Vielzahl von körperlichen Gebrechen als Folge der physisch anstrengenden Tätigkeit verweisen können. Die Rente mit 67 mag dann unerreicher fern scheinen.

Eine einfache Lösung dieses Problems ist systematisch im Sozialrecht dadurch möglich, dass die Privilegierung schwerbehinderter Menschen diesen einen früheren Renteneintritt

eröffnet. Als Schwerbehinderte insofern gleichbehandelt werden sollten Menschen, denen die Fortsetzung ihrer Berufstätigkeit aufgrund der mit dieser einhergehenden körperlichen Belastung aus gesundheitlichen Erwägungen nicht mehr zumutbar ist. Wer einen Grad der Behinderung von 50 % oder mehr erreicht bzw. Menschen mit einem GdB von 30 bis 50, dann aber eine Gleichstellung für den Arbeitsbereich, haben schon heute Anspruch auf einen vorzeitigen Renteneintritt. Diese Arbeitnehmer können heute zwei Jahre früher in Rente gehen bzw. fünf Jahre früher bei entsprechenden Abschlägen im Vergleich zum Regelrenteneintrittsalter. Würde man für diesen Beschäftigtenkreis, der erwiesenermaßen physisch nur noch eingeschränkt leistungsfähig ist, den gegenwärtig frühen Rentenbeginn, wie zum Zeitpunkt der Rente mit 65, beibehalten und nicht, wie jetzt noch vorgesehen, um zwei Jahre, in Entsprechung des erhöhten Renteneintrittsalters, auf 67 Jahre anheben, so würde ein sozialpolitischer Ausgleich geschaffen, der insbesondere körperlich stark beanspruchte Arbeitnehmer einen früheren Renteneintritt ermöglicht. Mit dieser geringfügigen Korrektur kann das sozialpolitische Problem systemgerecht gelöst werden.

Darüber hinaus führt nach Ansicht von UnternehmensGrün kein Weg an der Einbeziehung auch Selbstständiger und Beamter in die gesetzliche Rentenversicherung vorbei. Durch die Einbeziehung junger Selbstständiger und Beamten könnte der Rentenbezug insbesondere ab dem Jahre 2030 ff. „untertunnelt“ werden. Zugleich würde er den hohen Anteil Selbstständiger, welche keine ausreichende Altersvorsorge geschaffen haben oder sie mangels ausreichender Einkünfte auch nicht schaffen konnten, absichern und auch die Beamten in ein solidarisches System einbeziehen.

Klaus Stähle

Vorstand UnternehmensGrün

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und ihre Verantwortungsebenen

Interview mit Susanne Weber-Mosdorf, stellvertretende Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Red: Welche Lenkungswirkung hat die WHO weltweit betrachtet auf die Gesundheit, bzw. Gesundheitssysteme?

Web.-Mosd: Gesundheitspolitik liegt zunächst in der Verantwortung nationaler Regierungen. Die WHO, eine Sonderorganisation der UNO, kümmert sich um die globalen Fragen der Gesundheit. Rüdiger Safranski hat die Wechselwirkungen nationaler und internationaler Gesundheitspolitik einmal auf den Punkt gebracht, als er sagte, wir lebten heute – in einer globalisierten Welt – in einer Ansteckungs- und einer Verantwortungsgemeinschaft. Die WHO ist in ihrer mitgliedstaatlichen Verfasstheit, wonach jeder Staat eine Stimme hat, ein geeignetes Forum für Entscheidungen darüber, wie international Verantwortung wahrgenommen werden soll.

Zur Frage der Gesundheitssysteme hat die Weltgesundheitsversammlung 2009 eine Resolution verabschiedet, in der die Mitgliedsstaaten sich verpflichten, ihre primäre Gesundheitsversorgung zu verbessern mit dem Ziel des gleichberechtigten Zugangs Aller zu notwendigen Leistungen. Dies vor dem Hintergrund, dass 70 % aller Menschen weltweit über keine Krankenversicherung verfügen und gerade die Ärmsten der Armen lebensnotwendige Medikamente bezahlen müssen, wenn sie sie brauchen. Die Gesundheitsversorgung in vielen Ländern ist so schwach, dass es am Allernötigsten fehlt, vor allem an ausgebildeten Fachkräften. In Sub-Sahara-Afrika treten 20 % der weltweiten Gesundheitslasten auf, dort wirken aber nur 3 % der weltweit zur Verfügung stehenden Gesundheitskräfte. Auch internationale Hilfe kann nur auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die Grundausstattung vorhanden ist.

Red: Wie gestalten sich die politischen Handlungsoptionen der WHO?

Web.-Mosd: Die WHO kann nationale Politik nicht ersetzen, aber sie kann internationale Rahmen setzen, z.B. durch Standards zur Nahrungsmittelsicherheit, Luft- und Wasserqualität oder Behandlungsmethoden, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie kann verbindliche Verpflichtungen verhandeln, wie z. B. die Tabakrahmenkonvention, oder auch verbindliches Recht schaffen, wie mit den Internationalen Gesundheitsvorschriften. Diese regeln im Falle internationaler Bedrohungen für die Gesundheit – das können Pandemien sein, aber auch Chemie- oder Nuklearunfälle – die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der WHO.

Auch finden in der Weltgesundheitsversammlung Debatten zu Fragen internationaler Solidarität statt, so die Frage des gerechten Zugangs zu Medikamenten, die in den Industrieländern produziert und für Entwicklungsländer oft nicht erschwinglich sind. Diese Diskussion mündete z. B. in die "Globale Strategie der WHO zu Innovation und öffentlicher Gesundheit" mit einem umfassenden Handlungskonzept, wie der Zugang zu Medikamenten verbessert werden könnte.

Red: Bzgl. der landesweiten Grippe-Impfstoffbeschaffung und der ihr vorausgegangenen Gefährdungseinstufung entstand im Nachhinein der Eindruck, dass sich die WHO möglicherweise durch die Pharmaindustrie beeinflussen ließ. Besteht eine generelle Gefahr von der Einflussnahmen solcher Art?

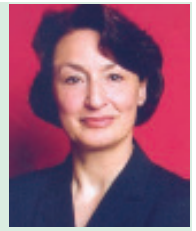
Web.-Mosd: Die Vorgaben der Internationalen Gesundheitsvorschriften und auch die internen Regeln der WHO (Offenlegungspflicht von möglichen Interessenskollisionen) sind hier klar: die epidemiologische Bewertung von Gesundheitserregern erfolgt nach Evidenz und so war es auch bei der H1N1-Pandemie. Die Kriterien für die Phasen waren bereits vor Ausbruch definiert. Mit Blick auf die Vogelgrippe und mit ihrer hohen letalen Wirkung hatte man im globalen Pandemieplan auf das Kriterium der Schwere verzichtet (aber auch deshalb, weil zwischen den Ländern keine Einigung erzielt werden konnte, wie diese nun konkret definiert werden sollte). Es war bei der H1N1-Grippe nicht

von Anfang an klar, wie sich die Verläufe entwickeln würden, immerhin waren in Mexiko, USA und Kanada vor allem junge Menschen und Schwangere betroffen, auch wurde in auffallend vielen Fällen eine Intensivbetreuung erforderlich. Man konnte nicht voraussehen, ob und wie das sich unglaublich schnell verbreitende Virus mutieren würde, letztlich musste eine Impfstoffentscheidung wegen der langen Produktionsdauer vorausschauend getroffen werden. Obwohl die Schwere bei der Ausbreitung der Pandemie keine Rolle gespielt hatte, wurde sie doch sehr klar bei den Handlungsempfehlungen berücksichtigt. Dr. Chan, die Generaldirektorin der WHO, hat zwischenzeitlich ein unabhängiges Komitee damit beauftragt, die Entscheidungen und Maßnahmen der WHO zur Pandemie zu evaluieren. Der Abschlussbericht wird der Weltgesundheitsversammlung im Mai nächsten Jahres vorgelegt und dann öffentlich debattiert.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Pandemie, sondern bei allen Empfehlungen der WHO müssen die Entschei-

Fortsetzung auf Seite 6

Susanne Weber-Mosdorf, stellvertretende Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), studierte an der Universität Konstanz und an der Ecole Nationale d'Administration in Paris Wirtschafts- und Rechtswissenschaften und Politik.



Ihr beruflicher Werdegang umfasst Positionen in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in der Wirtschaft. Unter anderem war sie Bürgermeisterin in Kirchheim unter Teck, Staatssekretärin im Ministerium für Kunst, Weiterbildung, Frauen und Familie in Baden-Württemberg sowie Geschäftsführerin des Wirtschaftsberatungsunternehmens Prognos.

Bevor sie zur WHO kam, leitete Frau Weber-Mosdorf die Internationale Abteilung des Bundesgesundheits- und -sozialministeriums. Bei der WHO befasste sie sich zunächst am Hauptsitz Genf mit Fragen der Nachhaltigkeit und Umweltgesundheit und seit Anfang 2007 ist sie in Brüssel verantwortlich für die Koordinierung der Zusammenarbeit mit der EU.

Frau Weber-Mosdorf engagiert sich in verschiedenen kulturellen Einrichtungen und war Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Shine baby shine!

» Solarenergie ist das Öl des 21. Jahrhunderts – nur sauber. Mit SolarWorld mache ich meinen eigenen Strom.* «



TESTSIEGER

1

PHOTON-MODUL-TEST
2008 UND 2009

Das unabhängige Photon-Redaktionsteam hat SolarWorld für Bestnoten mit einer Gesamtpunktzahl von bis zu 12/12 bewertet.

Ausgabe 09/2010

ÖKO-TEST

LEBENSQUALITÄT

SolarWorld
Sammodul Plus
SW 255 poly

sehr gut

Seien Sie smart und machen Sie's wie Larry Hagman – setzen Sie auf Solarstrom als unabhängige Energiequelle. Für eine saubere, sichere Zukunft. SolarWorld bietet Ihnen eine Fülle cleverer Solarstromlösungen, damit Sie in Zukunft Ihren Strom selbst erzeugen können. Das wird vom Gesetzgeber belohnt – mit der für 20 Jahre gesicherten Vergütung und der gezielten Förderung für solaren Eigenstrom. Informieren Sie sich!

www.solarworld.de



SOLARWORLD

Mit uns wird Sonne Strom.

*Schauspieler Larry Hagman, Ölbaron aus der weltbekanntesten 80er-Jahre-Serie „Dallas“, besitzt eine der größten, privaten Solarstromanlagen der USA mit einer Gesamtleistung von über 100 kWp.

drungen transparent und unabhängig von Einzelinteressen getroffen werden. Dazu bedarf es neben strenger interner Regeln und transparenter Prozesse auch einer nachhaltigen Finanzierung, die Unabhängigkeit garantiert. Wie die Zukunftsförderung der WHO verbessert werden soll, wird derzeit in den Gremien mit unseren Mitgliedstaaten erörtert. Ziel ist es, nicht mehr Geld zu bekommen, sondern stabilere Mittel, die uns von projektorientierten Beitragsfinanzierungen der Länder oder der Bill-Gates- und anderen Stiftungen unabhängig machen.

Red: Welche Bedeutung hat die privatwirtschaftliche Pharmaindustrie für die Forschung aber auch die medizinische Versorgung in den Gesundheitssystemen?

Web.-Mosd: Die Produktion von Medikamenten wird im Wesentlichen von der Privatindustrie wahrgenommen, darunter von den forschenden Unternehmen und auch zunehmend den Generikaherstellern. Jedoch gibt es vielzählige Interventionen der öffentlichen Hand (national und international), um Anreize zur Forschung oder Produktion zu leisten, wenn dieses im öffentlichen Interesse liegt und der Markt dies nicht zu erschwinglichen Preisen leistet. Ein solcher Bedarf ist z. B. bei seltenen Krankheiten oder bei Tropenkrankheiten gegeben. Hier engagieren sich inzwischen auch Stiftungen wie die Bill-Gates-Stiftung und investieren in die Entwicklung von Impfstoffen oder Medikamenten, darüber hinaus aber auch öffentlich-private Partnerschaften, z. B. im Kampf gegen Aids oder Malaria. Der WHO macht die weltweite und insbesondere in Osteuropa aufkommende Multi-resistenz gegen Bakterien Sorge, gegen die vorherrschende Antibiotika zunehmend machtlos sind. Hier sehen wir ebenfalls einen enormen Forschungsbedarf.

Red: Inwieweit sind Gesundheitssysteme und deren Aufbau auf privatwirtschaftlich finanzierte Forschung und Entwicklung angewiesen?

Web.-Mosd: Wie bereits ausgeführt, hängt die Entwicklung von Medikamenten weitgehend von den Investitionen der

Pharmazieunternehmen ab. Allerdings wird die Grundlagenforschung auch staatlicherseits garantiert. Alzheimer ist z. B. in Industrieländern ein Problem, das mehr der Grundlagenforschung bedarf. Alle weiteren Investitionen in Gesundheitssysteme werden in Europa weitgehend öffentlich finanziert, über Versicherungssysteme, über Steuern oder durch Kombinationen davon. Dabei ist die Idee des allgemeinen Zugangs zu guter medizinischer Versorgung ein anerkannter Grundsatz.

Red: In Betrachtung der UN wird immer wieder – wenn auch eher im Kontext militärischer Friedensmissionen – kritisiert und bedauert, die UN leide unter mangelnder politischer Durchsetzungskraft. Inwieweit tangiert dies die Arbeit der WHO?

Web.-Mosd: Wie auch alle nationalen staatlichen Einrichtungen müssen wir sehr mit unserem Geld haushalten. Die Stiftung von Bill Gates verfügt inzwischen über wesentlich mehr Geld als die WHO. Weniger entscheidend ist allerdings die Höhe unserer Mittel, bedeutender ist die Struktur, wonach nur etwa 20 % durch Umlagen unserer Mitgliedsstaaten garantiert sind und 80 % über Projekt- und Programmzuwendungen erst eingeworben werden müssen. Sobald das Budget von den Mitgliedsstaaten aufgestellt ist, müssen wir uns auf die Suche nach Finanziers machen, die wir nicht immer für die Aufgaben finden, die wir angesichts der zu bewältigenden Herausforderungen im Budget als Prioritäten festgestellt haben.

Red: Welche Schwerpunkte sehen Sie bei der WHO mit Blick auf absehbare Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, als da Bevölkerungswachstum, klimabedingte Völkerwanderungen oder verbreitete Umweltgifte zu nennen sind?

Web.-Mosd: All die genannten Punkte sind wirkliche gesundheitspolitische Herausforderungen, aber sie sind auch Beispiele dafür, dass Gesundheitspolitik alleine nicht viel ausrichten kann. Was können Ärzte in den wachsenden Megacities ausrichten, wenn es keine Umweltstandards gegen den

Smog gibt oder eine städtische Infrastruktur, die sauberes Wasser, Energie und Abwassereinrichtungen zur Verfügung stellt oder öffentliche Verkehrsmittel und Wohnungen. Wir wissen es doch aus unserer eigenen Geschichte, dass neben Impfstoffen insbesondere die verbesserte Hygiene Armutskrankheiten wie Tuberkulose aus Europa vertrieben haben.

Was den Klimawandel anbelangt, wird jede Maßnahme zur Vermeidung von CO₂ auch die Krankheitslast verringern. Als beispielsweise während der Olympiade in Toronto Verkehrsbeschränkungen auferlegt wurden, sind die Arztbesuche wegen Atemwegserkrankungen sofort zurückgegangen.

Die WHO schätzt, dass weltweit 13 Millionen Tote durch eine gesündere Umwelt vermieden werden könnten. Die Prävention von umweltbedingten Krankheiten durch Ursachenbeseitigung ist ein erklärtes Ziel der WHO. Ihre Aufgabe dabei ist es, die Krankheitswirkungen evident zu machen und Standards zur Vermeidung vorzuschlagen, für Nahrungssicherheit z. B. zusammen mit der FAO (Welternährungsorganisation in Rom) im „Codex Alimentarius“.

Red: Welche Bedeutung wird bei der WHO der Schnittmenge zwischen die Wirtschaft regulierenden Maßnahmen, etwa zur Vermeidung von Verpackungsmüll und der Gesundheitsvorsorge beigemessen?

Web.-Mosd: Wenn es evident ist, dass gewisse Stoffe oder Produktionsweisen gesundheitsschädliche Wirkungen haben, dann müssen verbindliche Maßnahmen ergriffen werden. Diese können bis hin zu Verboten der Stoffe führen, wie z. B. dem Dioxin in der Vereinbarung von Rotterdam. In der Globalisierung ist es auch unerlässlich, internationale Standards zu setzen, die dann Maßstäbe für nationale Politik oder internationale Handelspolitik setzen.

Sehr geehrte Frau Weber-Mosdorf, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Nina Scheer am 15.12.2010



Berlintage

Die Berlitage der zweiten Jahreshälfte (29. und 30. September) behandelten im Schwerpunkt das Positionspapier: „Mehrwertsteuer – Fiskalische und soziale Vereinfachung durch Nachhaltigkeit“, Das Positionspapier „Rente mit 67“ (beide in dieser Ausgabe enthalten), aber auch energiepolitische Fragestellungen, insbesondere vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung initiierten AKW-Laufzeitverlängerung und deren Auswirkungen auf den Ausbau Erneuerbarer Energien.

Mit Abgeordneten der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden Gespräche mit Renate Künast (Fraktionsvorsitzende), Sylvia Kotting-Uhl (atompolitische Sprecherin) über Energiepolitik und mit Dr. Thomas Gambke, Dr. Gerhard Schick (finanzpolitischer Sprecher), Kerstin Andreae (wirtschaftspolitische Sprecherin) sowie Lisa Paus (Obfrau des Finanzausschusses) über einen zu vereinheitlichenden Mehrwertsteuersatz mit Sozialausgleichsregelung und die Rente mit 67 diskutiert.

Mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Miersch (umweltpolitischer Sprecher) wurde die rechtliche Bewertung des „Ausstiegs aus dem Ausstieg“ erörtert, wobei man sich darin einig war, dass dieser bereits vor dem Hintergrund der Nichtbeteiligung des Bundesrats nicht verfassungsgemäß sei. Auch das grundgesetzliche Willkürverbot, das mit Blick auf die im Energiepaket der Bundesregierung auf fünf Jahre begrenzte Brennelementesteuer – und damit nicht unwillkürlich unbegrenzt – tangiert ist, wurde – so auch in dem Gespräch mit Sylvia Kotting-Uhl – thematisiert. Das Ergebnis der Gespräche – für den Fall des Inkrafttretens des Energiepakets und der darin enthaltenen Laufzeitverlängerung – war, mit allen Mitteln den weiteren zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien zu forcieren.

Mit Renate Künast wurde dabei auch die Bedeutung der europäischen Ebene insofern diskutiert, als dass für Anfang 2011 von EU-Energiekommissar Günther Öttinger ein Energiekonzept zu erwarten sei, das möglicherweise Harmonisierungsvorhaben enthalte, die die im EEG enthaltene Vorrangregelung (vorrangige Einspeisung Erneuerbarer Energien) gefährden könnte.

Mit Matthias Miersch wurde am Beispiel des EUROSOLAR-Konzepts „Energieallee A7“ (vgl. den gleichnamigen Beitrag von Martin Unfried in: UnternehmensGrün Journal 1/2010, S. 2) diskutiert, inwiefern Erneuerbare Energien anhand entsprechender Vorhaben mittels einer Stärkung dezentraler Einspeisung einen Energieanteil im Netz aufweisen können, der die Anteile aus schwer-regelbaren fossil-atomaren Großkraftwerken unrentabel werden ließe. Man verblieb mit dem Entschluss, das Vorhaben „Energieallee A7“ voranzutreiben. Übereinstimmung wurde ferner darin erzielt, dass im Kontext der Einführung von Energiesparlampen hinsichtlich deren umwelt- und gesundheitsgefährdenden Bestandteile (Quecksilber) dringend ein Rückholssystem eingeführt werden müsse. Dies sei mit einem Pfand in Höhe von mindestens drei bis fünf Euro je Energiesparlampe auszugestalten, so der Vorschlag von UnternehmensGrün.

Bezüglich eines zu vereinheitlichenden Mehrwertsteuersatzes, der mit den oben genannten Abgeordneten auf Grundlage des von UnternehmensGrün unterbreiteten und einen Sozialausgleich vorsehenden Positionspapiers diskutiert wurde, konzentrierte man sich auf die Frage, inwieweit Ausnahmen für Lebensmittel, ÖPNV und Kultur zu vertreten seien. Unter Berücksichtigung des Status quo, der z. B. Ausnahmen in Form eines auf Null gehenden Mehrwertsteuersatzes für die Bereiche Abwasser und Müllabfuhr enthalte, sei eine ebenbürtige Behandlung von ÖPNV und Kultur nahe liegend, so Gambke in Reflektion der Diskussion, wie sie bei den Grünen geführt werde. UnternehmensGrün wies dabei auf die generelle Problematik der Abgrenzungsschwierigkeiten und Transparenz im Kontext von Ausnahmeregelungen hin.

Mit Thomas Gambke wurde zudem diskutiert, inwieweit eine Gewerbesteuer für freie Berufe zu befürworten sei. Gottfried Härle plädierte für eine Einbeziehung nach Maßgabe einer Erhebung durch die Finanzämter, vergleichbar mit dem Verfahren bei der Kirchensteuer. Über den Hebesatz könne dies die Kommunen stärken. Bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben käme eine Verrechnung bei der Einkommenssteuer in Betracht.

Bei der Diskussion über die Rente mit 67 mit Lisa Paus konnte ein Konsens mit den Positionen von UnternehmensGrün (vgl. das Positionspapier „Rente mit 67“) festgestellt werden.

Die Berlitage standen bei allen Gesprächen mit Abgeordneten der Oppositionsfraktionen – auch solchen, die nicht der Energiepolitik gewidmet waren – im Zeichen der unmittelbar bevorstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestages über das Energiekonzept der Bundesregierung und der darin enthaltenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Mit Blick auf die Verantwortungslosigkeit, die die Gesprächsteilnehmer in jener sowohl gegenüber den nachfolgenden Generation (ungelöste Endlagerfrage), hinsichtlich der Gefährdungslage, wie sie kontinuierlich von Atomkraftwerken ausgeht, deren Kontraproduktivität für den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, aber auch in dem explizit entgegenstehenden Willen der Bevölkerung sehen, waren die Gespräche von einer tiefen Sorge über die Kultur des Parlamentarismus geprägt.

UnternehmensGrün-Redaktion

Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Über den Start der Fortsetzung des Projekts in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg

In Anknüpfung an die Pilotphase des Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ startete die zweite Generation mit einer Auftaktveranstaltung am 9. Juli 2010 im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg. Insgesamt fanden sich zwölf nachhaltig wirtschaftende Unternehmen, die sich für eine Kooperation im Rahmen des Projekts interessierten, um eine Juniorenfirma bei sich aufzunehmen. Die Suche nach Teilnehmern bzw. Schülern gestaltete sich aus zeitlichen



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND VERKEHR

Gründen etwas schwieriger: Viele der kontaktierten Schulen hatten bereits die Lehrpläne für das kommende Schuljahr beschlossen und konnten daher – trotz großen Interesses von Seiten der Schulen – keine Schüler zur Projektteilnahme vermitteln. Im Ergebnis widmen sich nun in acht Unternehmen 45 Junioren unterschiedlichen nachhaltigen, innovativen Geschäftsideen. Es liegen allerdings zahlreiche Interessensbekundungen von Schulen für eine Kooperation im darauffolgen-

den Schuljahr (2011/2012) vor. Hier konnten teilweise auch schon Unternehmen gewonnen werden.

Weitere – an einer Kooperation interessierte – Schulen und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen werden gebeten, sich mit der Geschäftsstelle von UnternehmensGrün e.V. (www.unternehmensgruen.org) bzw. Juliane Reiber (reiber@unternehmensgruen.de) in Verbindung zu setzen.

Die folgenden Ausführungen geben ein Portrait über die in Baden-Württemberg im Rahmen des Projekts kooperierenden Unternehmen und hier für das Schuljahr 2010 / 11 eingesetzten Juniorenfirmen.



Teilnehmer der Gründungsveranstaltung am 09. Juli 2010

gefördert durch



In der Pilotprojektphase (1. Juli 2008 bis 30. Juni 2010) gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt



Die Juniorenfirma bei LeaseRad GmbH



Das Unternehmen

LeaseRad beschäftigt sich mit allen Aspekten der Fahrradmobilität und bietet als Partner von Unternehmen, Organisationen und Kommunen Finanzierungs-, Beratungs- und Servicelösungen für nachhaltige Mobilität an. LeaseRad wirkt beratend und in der Umsetzung als Anbieter von Mobilitätslösungen. Das Unternehmen entwickelt Ideen für den Einsatz des Fahrrades als Alternative zum Auto während der Freizeit sowie im Berufsalltag und leistet damit einen kostengünstigen Beitrag für den Klimaschutz und die Gesundheit. Die Firma LeaseRad wurde 2008 von Ulrich Prediger in der „Green City Freiburg“ gegründet.

Die Juniorenfirma

Seit Oktober 2010 beschäftigen sich fünf Schüler des Albert-Schweitzer Gymnasiums in Gundelfingen im Schwarzwald mit der Entwicklung eines innovativen Geschäftskonzepts für den Einsatz klimaneutraler (E-)Lastenräder als umweltfreundliche Alternative zum PKW für Einkaufsfahrten im Kurzstreckenbereich. Kernthema hierbei ist die Entwicklung eines Business-Plans und die Umsetzung in einem ersten Pilotprojekt in Kooperation mit dem Einzelhandel. Bei den kooperierenden Unternehmen wird es sich ausschließlich um nachhaltig wirtschaftende Betriebe oder Hersteller von Bio-Produkten handeln. Viele Menschen greifen vermehrt auf Bio-Produkte zurück, nutzen aber trotz kurzer Wegstrecken oftmals das Auto für den Einkauf. Die von den Schülern ins Leben gerufene Juniorenfirma „TransportGrün“ setzt genau dort an, wo viele Verbraucher aufhören, umweltbewusst zu handeln: beim Transport bzw. der Mobilität. Für ein umweltbewusstes Transportsystem entwickelt „TransportGrün“ flexible Servicelösungen.



e.Konzept

Unternehmenspräsentationen

Die Juniorenfirma bei e.Konzept GmbH

Das Unternehmen

e.Konzept entwickelt Konzepte für Unternehmens- und Produktpräsentationen für die unterschiedlichsten Marktbereiche, wie z. B. Messen, Ausstellungen, Events und Kongresse. e.Konzept ist dabei Dienstleister für Unternehmen, Kommunen, kulturelle Einrichtungen und Vereine, wobei das Unternehmen seine Projekte regional, national und international realisiert. Von Karssee aus, einem ländlichen, idyllisch gelegenen kleinem Teilort von Wangen im Allgäu, steuert seit über zehn Jahren ein Team von sechs Mitarbeitern die weltweiten Aktivitäten. e.Konzept ist Mitglied im mehrwerk e.V., einem Verbund von zehn regionalen Firmen, die mit ihrer Produktpalette die Bearbeitung des gesamten Bereiches der Unternehmenspräsentationen ermöglicht (www.mehrerwerk.eu).

Die Juniorenfirma bei e.Konzept

Die Haupt- und Werkrealschule Karssee ist eine Außenstelle der Präßbergschule, einer Hauptschule in Wangen im Allgäu. Zum Schuljahresende 2011 wird diese Außenstelle geschlossen. Die im Schuljahr 2010/2011 verbleibenden acht Schüler und ihre Lehrer wollen diese außergewöhnliche Situation nutzen, um sich verstärkt der Gründung einer Juniorenfirma in Kooperation mit e.Konzept zu widmen. Ziel der acht Junioren ist es, bis Ende März 2011 eine Informationsmesse für nachhaltige Produkte aus der Region zu organisieren. Die Messe möchte eine Plattform für Anbieter, Hersteller, Zulieferer, Konsumenten und alle anderen Interessierten bieten, um sich zu informieren, aufzuklären und zu vernetzen. Die Anbieter der Produkte und Dienstleistungen kommen alle aus der direkten Umgebung von Wangen-Karssee (im Umkreis von 20-30 km). Ziel ist, der regionalen Bevölkerung zu zeigen, was alles in der eigenen Region vorhanden und möglich ist.



Die Juniorenfirma bei Kohler – natürlich einrichten GmbH & Co. KG

Das Unternehmen

Kohler – natürlich einrichten ist in Süddeutschland eines der größten und modernsten Naturmöbel-Fachgeschäfte. Der Firmensitz ist das erste Einrichtungshaus Europas im Passivhausstandard. Das Unternehmen bietet Naturmöbel für alle Wohnbereiche, Naturmattressen und Bettssysteme sowie ergonomisch-dynamische Sitzmöbel. Viele der Produkte sind schadstoffgeprüft.



Die Juniorenfirma

Fünf Schüler des Technischen Gymnasiums Leutkirch gründeten bei Kohler eine Juniorenfirma. Sie wählten als Thema „Die Vermarktung einer ergonomischen Stehhilfe“. Mittels des kreativen Marketinginstruments „Tun Sie etwas für Ihren Rücken und für die Umwelt“ wird für je eine gekaufte Stehhilfe ein Baum auf dem Firmengelände gepflanzt. Für die Messeauftritte sowie für generelle Werbezwecke gestalteten die Junioren Flyer, Plakate, Aufsteller und einen Internetauftritt bei Facebook. Anfang nächsten Jahres wird „Kohlers Juniorenfirma“ beim Inventurverkauf des Unternehmens wieder aktiv sein und plant, zukünftig weitere Marketinginstrumente zu nutzen.



Fortsetzung auf Seite 8

Hinweis



Unser Bier braut Clemens Härle

Brauerei Clemens Härle

Meist ausgezeichnetes Unternehmen des Jahres im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit



Tanja Gönner, Gottfried Härle

Das Unternehmen blickt auf zwei Jahre klimaneutrales Wirtschaften, eine langjährige Erfolgsgeschichte und vier in den letzten eineinhalb Jahren erhaltene Ehrungen zurück.

Am 1. Dezember 2010 überreichte die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner den Umweltpreis Baden-Württemberg der Kategorie Handwerk an Gottfried Härle, Geschäftsführer der klimaneutral und regional wirtschaftenden Brauerei Clemens Härle aus Leutkirch im Allgäu. Am 2. Dezember 2010 verlieh die Ethikbank in Erfurt dem Unternehmen den 1. Förderpreis Nachhaltiger Mittelstand. Und damit nicht genug: Ende November 2010 wurde die Brauerei bei der Verleihung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2010 in Düsseldorf aus über 550 Bewerbern unter die „top drei“ der nachhaltigsten Unternehmen Deutschlands gewählt.

Den „Auftakt“ der Ehrungen bildete die Verleihung des Deutschen Solarpreises durch EUROSOLAR am 16. Oktober 2009 auf Grundlage der Umstellung des Energieeinsatzes der Brauerei auf 100 % Erneuerbare Energien (vgl. auch einen entsprechenden Bericht in UnternehmensGrün 2/2009).

Gottfried Härle blickt auf eine äußerst erfolgreiche Entwicklung des nunmehr in der vierten Generation familiengeführten Unternehmens. Er setzt seit gut 20 Jahren auf Nachhaltigkeit. Neben dem Einsatz Erneuerbarer Energien und dem regionalwirtschaftlichen Ansatz zählen hierzu die Reduzierung des Frischwasserverbrauchs, der Verzicht auf Einweg- und Aluhalsfolien an den Flaschen sowie der Fuhrpark der Brauerei, der bereits seit 1998 ausschließlich mit regional erzeugtem und aus regionalen Energiepflanzen stammendem Biodiesel betankt wird. Das Engagement für ökologisches Wirtschaften bringt Gottfried Härle auch politisch ein. Er zählt zu den Gründungsvätern des Bundesverbandes der grünen Wirtschaft, UnternehmensGrün, dessen Vorstand er seit 1992 angehört.

Die Juniorenfirmen bei Montanes GmbH und Gerold Weber Solartechnik GmbH



Das Unternehmen: Gerold Weber Solartechnik GmbH

Gerold Weber Solartechnik ist bekannt als der Heizungs- und Solarfachbetrieb in der Ortenau (Mittelbaden), der nicht nur konsequent Solarwärme- und Solarstromanlagen, Holzfeuerungen und Blockheizkraftwerke anbietet, sondern auch aktiv am gesellschaftlichen Leben in der Region teilnimmt und dabei immer wieder neue Impulse setzt: für das kulturelle und soziale Leben und vor allen Dingen für den Umwelt- und Klimaschutz, den jeder einzelne leisten kann. Open-Air-Kino und Kabarett, der Ökologie-Lehrpfad auf dem Firmengelände und ein Solar-Frühstück für Frauen sind nur einige Beispiele. Das mehrfach ausgezeichnete Unternehmen erhielt 2006 den Umweltpreis Baden-Württemberg (Umweltpreis für Unternehmen).

Das Unternehmen: Montanes GmbH

Montanes ist ein Technologieunternehmen mit Sitz in Karlsruhe. Es beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Projektentwicklung von Erdwärmekraftwerken sowie der Heizung bzw. Klimatisierung von Gebäuden mit Erdwärme. Zu den Kunden zählen Kommunen, industrielle Investoren und Unternehmen. Im Bereich der geothermischen Stromerzeugung ist Montanes Inhaber von eigenen Konzessionen und Planer von Erdwärme-Kraftwerken für Dritte. Das Unternehmen bietet den Investoren alle geowissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Dienstleistungen zur Umsetzung von Erdwärme-Kraftwerksprojekten aus einer Hand an.

Die Juniorenfirmen bei Gerold Weber Solartechnik GmbH und Montanes GmbH

Zwölf Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Wilhelm Röpke in Ettlingen arbeiten seit Schuljahresbeginn in den Unternehmen Gerold Weber Solartechnik GmbH und Montanes GmbH an der Umsetzung der Geschäftsidee „Gegenüberstellung einer Schulbausanierung und eines Schulneubaus für die Wilhelm-Röpke-Schule aus energetischer Sicht“.

Ein Brief mit der Zielformulierung der Junioren von Gerold Weber Solar

Die Zielformulierung der Junioren bei Gerold Weber Solartechnik

Wir sind drei engagierte Schülerinnen der Wilhelm-Röpke-Schule in Ettlingen, die sich für die Teilnahme am Projekt „Juniorenfirmen“ von UnternehmensGrün entschieden haben. Diese Entscheidung haben wir ganz bewusst gefällt. Warum wollen wir diesen Beitrag zur Problematik der globalen Erwärmung leisten? Auch wir wollen unsere Urenkel in einer bewohnbaren Welt sehen.

Es gibt viele Ziele die wir durch das Projekt erreichen wollen, diese lassen sich in drei Bereiche gliedern:

- Persönliche Ziele
- Ziele zugunsten unserer Erde
- Ziele zugunsten unserer Schule

Hauptgrund für die Teilnahme waren unsere persönlichen Ziele, die jeder einzelne in unserer Gruppe erreichen möchte. Wichtig ist für uns eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe. Zu lernen, wie man zusammen eine gemeinsame Arbeit erstellt. Wichtig bei solch einer Arbeit ist auch das Ausdiskutieren und Lösen von Problemen und Konflikten. Da Teamfähigkeit und Teamarbeit für das spätere Berufsleben von großer Bedeutung sind, bietet das Projekt eine gute Möglichkeit, diese Kompetenzen zu fördern und zu erproben.

Ein weiterer Aspekt ist der Umweltschutz, der uns zu der Teilnahme bewogen hat. Umweltschutz war und ist für jede von uns ein zentrales Thema, mit dem wir uns schon immer näher befassen wollten. Mit dem Projekt haben wir nun die Möglichkeit, unser Wissen zu erweitern und so in Zukunft umweltbewusster zu leben sowie andere für dieses globale Thema zu sensibilisieren.

Ein Ziel der Juniorenfirmen ist auch die Kooperation mit einem realen Unternehmen. Dies ist eine sehr gute Chance für uns, die Abläufe und die Zusammenarbeit in einem Unternehmen kennen zu lernen. Diese Kenntnisse können uns in unserem späteren Berufsleben sehr nützlich sein. Wir arbeiten mit der Firma „Gerold Weber Solartechnik“ zusammen. Uns werden bei unseren wöchentlichen Treffen die Methoden der nachhaltigen Energiegewinnung vermittelt.

Nicht nur uns soll die Teilnahme an dem Projekt Vorteile bringen, sondern auch unserer Schule. Wir wollen unser erweitertes Umweltbewusstsein den anderen Schülern näher bringen, denn Umweltschutz ist ein Thema, das uns alle betrifft. Da unsere Schule sehr sanierungsbedürftig ist, wurde entschieden, dass eine Änderung in Form eines Neubaus oder einer Sanierung stattfinden wird.

Bei einer solchen Veränderung des Schulgebäudes stehen die Aspekte Regenerative Energie, das Nutzen von Ressourcen und der ökonomische und wirtschaftliche Einsatz von Mitteln im Vordergrund.

Diese Punkte werden wir berücksichtigen bei der Planung des umweltbewussten und passiven Schulhauses. Doch wir wollen uns nicht nur für unsere eigene Schule einsetzen, sondern auch Vorbild und Vorreiter für andere Schulen sein. Unser Konzept soll eine Plattform für die Weiterentwicklung der nachhaltigen Baumaßnahmen von öffentlichen Gebäuden und Schulen sein.

Ziel ist eine energieneutrale bzw. energieproduzierende Schule. Geplant ist ferner eine Kooperation mit der Universität in Karlsruhe (Gewinnung von Architekturstudenten für Planung und Modellbau), Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbau der Homepage sowie eine Präsentation vor dem Landratsamt Ettlingen, um den Schulträger mit der Idee einer Schule im Passivhaus-Standard zu überzeugen.

Die Junioren unterteilen sich in vier Gruppen mit den Aufgaben: Marketing, Wirtschaft und Technik (zweifach). Eine Technikgruppe lernt alles rund um Erneuerbare Energien bei Gerold Weber Solartechnik, die drei anderen Gruppen sind bei Montanes angesiedelt. Alle vier Gruppen arbeiten gemeinsam an einer Gesamtpräsentation.

Die „Wirtschafts-Gruppe“ ist für die Ermittlung der Energieverbrauchswerte sowie Energievergleiche der Wilhelm-Röpke-Schule für die letzten Jahre zuständig. Sie befassen sich mit der Auswertung der Energieberichte und Hochrechnungen der Energiekosten für die nächsten 40 Jahre. Des

Weiteren wird der Energieverbrauch eines Passivschulhauses berechnet, CO₂-Emissionen ermittelt und die Kosten einer Sanierung den Kosten eines Neubaus gegenübergestellt.

Die „Marketing-Gruppe“ gab dem Projekt den Namen: „Schule der Zukunft Ettlingen“ und befasst sich mit der Erstellung einer Homepage, zu finden unter <http://www.sdz-ettlingen.de/>. Des Weiteren kümmern sie sich um die Gestaltung der Präsentation und um die Beschaffung von Informationen zu Passiv- und Plusenergiehäusern.

In den „Technik-Gruppen“ werden Recherchen zu allen technischen Aspekten des Projekts durchgeführt, wie z. B. zur Geothermie, Photovoltaik und zu Passivhäusern. Jedes Thema wird detailliert recherchiert und in einer Power-Point-Präsentation den anderen Teammitgliedern vorgestellt. Zusätzlich werden in Zukunft Berechnungen zum Energieverbrauch vorgenommen, mit dem Ziel, Energieverluste des Schulgebäudes zu identifizieren.

Die Juniorenfirma bei BauGrund Süd – Gesellschaft für Geothermie mbH



Das Unternehmen

Die Unternehmensgruppe BauGrund Süd, gegründet 1997, gehört zu den führenden Bohrunternehmen auf dem Gebiet der oberflächennahen Geothermie. Als Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit wurde die Gruppe nach DVGW W120 zertifiziert und erhielt als eine der ersten Bohr- und Brunnenbauunternehmen in Deutschland 2006 das internationale D-A-CH Gütesiegel. BauGrund Süd verfügt über Fachpersonal, das neben der Fachkompetenz auch über das im Bereich der Bohrtechnik unverzichtbare regionale geologische Wissen verfügt, um konkrete Probleme optimal zu lösen.

Die Juniorenfirma

Sechs Schüler des Technischen Gymnasiums in Ravensburg begannen Anfang Dezember 2010 die Arbeit in der Juniorenfirma. Das Ziel der Juniorenfirma ist die Gründung einer Beratungsfirma (Agentur) für geothermische Heizanlagen zur nachhaltigen CO₂-Einsparung. Die Junioren werden ab Januar 2011 Bestandsaufnahmen von Gebäuden durchführen, Energieausweise erstellen und BauGrund Süd bei der Standortprüfung für geothermische Nutzungen assistieren. Des Weiteren werden Angebote eingeholt und ausgewertet, Aufträge verteilt und die Ausführung überwacht. Ein wichtiger Aspekt wird die Prüfung der Nachhaltigkeit in Bezug auf CO₂-Minderung sein.

Die Juniorenfirma bei Rieger Transporte

Das Unternehmen

Das Logistikunternehmen Rieger Transporte mit Sitz in Wolferazhofen im Allgäu konzentriert sich auf ausschließlich regionale Transportfahrten von Baustoffen und Schüttgütern. Es werden für diese Fahrten ausschließlich umweltfreundliche Fahrzeuge (Schadstoffnorm Euro 2 und Euro 3) genutzt.

Die Juniorenfirma bei Rieger Transporte

Zwei Junioren vom Technischen Gymnasium in Ravensburg haben es sich zum Ziel gesetzt, die Webseite des Logistikunternehmens Rieger Transporte neu zu programmieren sowie graphisch und inhaltlich innovativ zu gestalten. Es soll dem Nutzer der Webseite gezeigt werden, in welchem Umfang das Unternehmen bereits nachhaltig und, soweit dies in dieser Branche momentan möglich ist, ökologisch verträglich wirtschaftet. Eine zentrale Aufgabe wird dabei eine „Nachhaltigkeits-Analyse“ sein mit der Zielsetzung, diejenigen Bereiche des Logistikkaltags zu identifizieren, die im ökologischen Sinne effektiver zu gestalten wären.

Die Juniorenfirma bei VAUDE



Das Unternehmen

VAUDE gilt als Europas umweltbewusstester Outdoor-Ausrüster mit funktionellen Produkten für Berge, Bike und Stadt. Die VAUDE Gemeinschaft besteht weltweit aus 1.500 Mitarbeitern, davon 540 in Süddeutschland (zusammen mit der Schwestermarke EDELRID). VAUDE steht für hochwertige Produkte, innovative Technik und verantwortungsvolles Handeln.

Die Juniorenfirma

Sechs Schüler des Technischen Gymnasiums Ravensburg haben sich in ihrer Juniorenfirma zum Ziel gesetzt, das VAUDE-Café nachhaltig zu gestalten. Das VAUDE-Café ist am Werksverkauf angelagert und dient zum einen für Besucher des Verkaufs, aber auch für regionale, kulturelle Veranstaltungen. Drei Aspekte stehen hierfür im Vordergrund und werden von den drei Einzelgruppen der Juniorenfirma umgesetzt: Eine Gruppe hat zum Ziel, die Lieferantenbeziehungen zu analysieren und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Der Veranstaltungskalender des Cafés soll von der zweiten Gruppe dahingehend erweitert werden, einmal monatlich eine größere Veranstaltung mit unterschiedlichen Themenstellungen zu organisieren und einzelne, bereits bestehende, Veranstaltungen auszubauen. Der dritte Bereich ist die Erstellung einer Internetpräsenz des Cafés. Die Junioren haben im Dezember 2010 ihre Arbeit aufgenommen.

Detaillierte Informationen über die Juniorenfirmen und aktualisierte Berichte über ihre Ergebnisse sind stets unter www.nachhaltige-juniorenfirmen.de einzusehen. Teilweise befinden sich hier auch Verlinkungen auf eigene Internetauftritte von Juniorenfirmen.

Juliane Reiber, Wissenschaftliche Mitarbeiterin UnternehmensGrün

Das im Dezember 2010 von UnternehmensGrün herausgegebene Handbuch enthält eine Dokumentation über den Verlauf und die Ergebnisse der Pilotphase des UnternehmensGrün-Projekts **Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften**, das mit einer Laufzeit von zwei Jahren von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde (Juli 2008 - Juni 2010). Es enthält zudem einen „Leitfaden“, der Orientierungshilfen für den Einsatz von nachhaltigen Juniorenfirmen für Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Junioren gibt.

Bestellungen richten Sie bitte an:
info@unternehmensgruen.de
 (10,00 Euro zzgl. Versand).

Termine

24. Februar 2011, Berlin
Umwelt-Bildungskonferenz

Eine UnternehmensGrün-Tagung, gefördert durch das Bundesumweltministerium

Veranstaltungsort:
 Die Vertretung des Saarlandes beim Bund,
 In den Ministergärten 4
 10117 Berlin

11. März 2011, Berlin
UnternehmensGrün-Mitgliederversammlung

12. März 2011, Berlin
New Green Economy bei leeren öffentlichen Kassen: Nachhaltigkeit als Königsweg

UnternehmensGrün-Jahrestagung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Veranstaltungsort:
 Heinrich-Böll-Stiftung,
 Schumannstraße 8
 10117 Berlin

Weitere Informationen können unter www.unternehmensgruen.de eingesehen werden.

Umwelt-Wirtschaftsethik

Die siebte Veranstaltung der Vortragsreihe



Die Vortragsreihe bietet ein Forum für die Auseinandersetzung mit wirtschaftsethisch begründeten Fragestellungen. Hierbei wird das Ziel verfolgt, die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Prämissen und Umweltverantwortlichkeiten aufzuzeigen und diese als ethischen Anspruch zu formulieren.



Der 21. November 2010 war dem letzten Buch von Dr. Hermann Scheer und der hierin enthaltenen Aufforderung gewidmet, die Energiewende, hin zu einer Vollversorgung durch Erneuerbare Energien, nach der Prämisse des „energethischen Imperativs“ vorzunehmen.

Einleitend wies Werner Landwehr, Leiter der GLS Bank Berlin, darauf hin, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Erneuerbaren Energien leider häufig noch auf der Ebene der Vorurteile stattfindet, die die Wirtschaftlichkeit Erneuerbarer Energien in Frage stellen bzw. bestritten.

Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin von EUROSOLAR, erläuterte die Entwicklung von EUROSOLAR, deren Präsident Hermann Scheer war, als einen Weg, die Energiewende von der Bürgerebene her zu definieren. Das für eine Energiewende nötige gesellschaftliche Potenzial werde durch die Dezentralität, mit der Erneuerbare Energien idealiter zu nutzen seien, geweckt und gefördert.

Dr. Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, ging auf die Themen ein, die die Vortragsreihe „Umwelt-Wirtschaftsethik“ seit ihrer Auftaktveranstaltung im Herbst 2007 behandelte. Zu einem Schwerpunktthema, „Erneuerbare Energien“, hatte auch Hermann Scheer referiert. Sie unterstrich die ethische Dimension energie- und umweltpolitischer Bezüge, die auch eine Ausstrahlungswirkung auf wirtschafts-, sozial- und friedenspolitische Bereiche habe, wie sie Hermann Scheer mit dem Titel seines letzten Buchs „Der EnergieEthische Imperativ, 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist“ zusammenfasste.

Dr. Fabio Longo, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied von EUROSOLAR Deutschland, las Passagen aus dem Buch, in denen Hermann Scheer Wesen und Merkmale von Irwegen skizzierte, die es auf dem Weg der Energiewende zu erkennen und zu meiden gelte. So referierte Longo Passagen, in

denen Hermann Scheer die Antriebs Ebenen für den Energiewechsel nennt. Hierbei sei das wesentliche Element die höhere gesellschaftliche Legitimation Erneuerbarer Energien, wie sie nicht zuletzt durch die „greenwashing“-Methoden von Seiten derer belegt werde, die die Erneuerbaren Energien immer noch aufhalten wollten. Die „energethische Emanzipation“ verweise auf eine gesellschaftliche Bewegung, ohne die das EEG nicht durchsetzbar gewesen wäre. „Der strategische Schlüssel“ sei dabei die Umkehrung der vielerorts verankerten Vorzugsbehandlung konventioneller Energieträger zugunsten Erneuerbarer Energien. Es gehe im Wesentlichen darum, „vier ordnungspolitische Grundsätze zu verankern, die dem naturgesetzlich begründeten energethischen Imperativ und zugleich sozial-ethischen Werten entsprechen:

- den bleibenden Vorrang für Erneuerbare Energien im Strommarkt;
- den Vorrang für Erneuerbare-Energien-Anlagen in der Raumordnungspolitik und öffentlichen Bauleitplanung;
- eine grundlegende Umwandlung der Energiesteuern zu einer Schadstoffbesteuerung und
- eine stringente Gestaltung der Energie-Infrastruktur als Gemeinschaftsgut, in der die kommunale Energievorsorge die zentrale Rolle spielt.“

In Ergänzung seines Vorredners wählte Dr. Harry Lehmann, Umweltbundesamt, Leiter des Fachbereichs Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien, die freie Rede über das Wirken und Lebenswerk von Hermann Scheer. Sein klares Postulat lautete, die Energieversorgung müsse auch ohne den Klimawandel auf die Erneuerbaren Energien umgestellt werden. Man solle keine „Kostendiskussion“ im Kontext der Nutzung Erneuerbarer Energien führen. Es ginge so oder so darum, den Systemwechsel vorzunehmen. Dies bedeute insbesondere, den Netzausbau vorzunehmen.

In der anschließenden Diskussion mit ca. 85 Teilnehmern wurde auf Fragen hinsichtlich der Systematik und der Förderregelung des EEG eingegangen, wobei wiederum die Bedeutung der Netzstruktur thematisiert wurde. Zu CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage), der unterirdischen



Dr. Fabio Longo und Dr. Harry Lehmann

Einlagerung des im Rahmen von Kohleverstromung abzutrennenden CO₂, konstatierten die Referenten mit den Worten Hermann Scheers, dass man in Anwendung dieser Technologie ein neues Endlagerproblem schaffe. Insoweit sei auch der Begriff „Storage“ irreführend, handle es sich doch tatsächlich um eine unterirdische Entsorgung von CO₂, das unter keinen Umständen je wieder entweichen dürfe.

Die Diskussion offenbarte, dass Hermann Scheer mit den Argumenten des Buchs „Der Energethische Imperativ“ sowohl einen Maßstab, gemäß dem energethischen Imperativ zu agieren, formuliert, als auch ein Konzept für einen strukturellen und kulturellen Wandel von Gesellschaften vermittelt, dessen Umsetzung er seinen Lesern auf den Weg gibt.

UnternehmensGrün-Redaktion

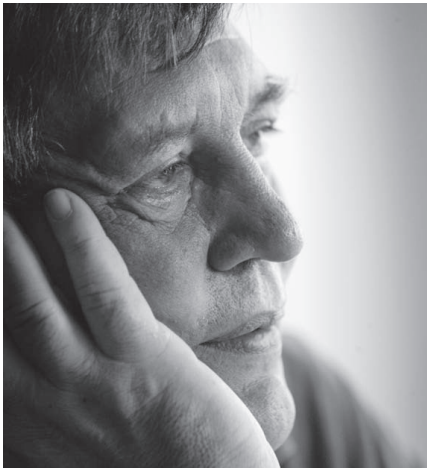
**DER FILM ZUR ENERGIEWENDE
JETZT AUF DVD!**

Deutschlands erfolgreichste Kinodoku des Jahres!

Der aufwändig inszenierte Dokumentarfilm ruft zur Energiewende auf, weg von fossilatomen Rohstoffen hin zu Erneuerbaren. Die mitreißende Vision: Eine Gemeinschaft, deren Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gespeist ist - für jeden erreichbar, bezahlbar und sauber.

Mit beeindruckenden Bildern und klaren Aussagen zeigt der Film Lösungen auf, regt zum Weiterdenken und Handeln an und ist schon jetzt mehr als ein Film. Eine Bewegung. Helfen Sie mit, die Message zu verbreiten!

Bestellen Sie die DVD jetzt unter:
bestellung@fechnermedia.de
oder online unter www.fechnermedia.de/shop



Gedenken an Dr. Hermann Scheer

Sein plötzlicher Tod hat uns schwer erschüttert. Im Alter von 66 Jahren wurde Hermann Scheer mitten aus einem Leben voller Ideen und Initiativen gerissen.

Hermann Scheer hat eine große Lebensleistung vollbracht. Mit Mut, Weitblick und Entschlusskraft konnte er auf vielen Feldern den politischen Diskurs des Landes prägen. Allem voran hat er die Energiewende Wirklichkeit werden lassen, die er früh als ökologisch und auch friedenspolitisch zwingend erkannt hatte. Mit seinem Kenntnisreichtum und der unbestechlichen Schärfe seines Denkens hat er weltweit viele Menschen davon überzeugen können. Seine Begeisterungsfähigkeit war mitreißend. Dies erfuhren auch die Teilnehmer der Tagung „Last Exit: Energiewende jetzt! Ausweg und wirtschaftliche Chance zugleich“, die UnternehmensGrün in Kooperation mit Grüne Wirtschaft Österreich am 17. November 2007 in Salzburg ausrichtete und auf der Hermann Scheer die Wege und Hürden der Energiewende im Gespräch mit Christoph Chorherr, Abgeordneter der Grünen zum Wiener Landtag, überzeugend darlegte. Er war Vordenker und Antreiber, Reform- und Revolutionär. In seinem letzten Buch hat Hermann Scheer die Notwendigkeit begründet, verantwortliches Handeln nach einem „energet(h)ischen Imperativ“ auszurichten. Als Unternehmervorstand, der sich für ein wertegebundenes Wirtschaftssystem unter Erhalt der ökologischen Ressourcen einsetzt, bedauern wir seinen Tod zutiefst und wirken auch zukünftig an der Verfolgung und Umsetzung des energetischen Imperativs mit.

Vorstand UnternehmensGrün

Gesetzgebung kontra Bürger?

Gedanken am Tag der Verabschiedung von Dr. Hermann Scheer aus dem Deutschen Bundestag

Als mein Vater „Parteien kontra Bürger?“ schrieb, versuchte ich als Sechsjähriger erfolglos seine Aufmerksamkeit auf mich zu ziehen, indem ich mir mit seinem Tippex die Nägel lackierte, wohl wissend, dass das was Ungesundes ist. Meine Mutter schritt ein – ohne dass er etwas davon mitbekommen hätte. Danach ließ ich es bleiben, eifersüchtig auf das Papier zu sein, dem er sich widmete – es war ja zwecklos. Ich erkannte zudem, dass er mir anderweitig das Gefühl vermittelte, immer für mich da zu sein. Ich erfuhr seinen Respekt für eigene Wege und eigenes Denken.

Die Unbeirrbarkeit, mit der er sich einem Gedanken und Text widmete, war symptomatisch für sein Wesen, seinen Geist und Scharfsinn. Ein Leitsatz, den ich in den letzten Jahren zunehmend verinnerlichte und der mir in der Entwicklung von Gedanken und Argumentationen immer wieder eine wichtige Orientierung bietet, ist die Ultima Ratio der in sich stimmigen Ausgangsprämisse einer Argumentationslinie: Stimmt bereits die Ausgangsprämisse nicht, ist etwas faul bzw. führen sich anschließende Folgerungen zu keinem brauchbaren Ergebnis. Dieser Leitsatz ist Anleitung zu logischem und konsequentem Denken, zugleich aber auch Aufforderung, Eigenständigkeit zu bewahren und „Denkbarrieren zu überwinden“ – ein ebenfalls von ihm stammendes Bild und in seiner Schöpfung konstant an die Vernunft und das Gewissen appellierender Tenor. Die Treffsicherheit seiner Analyse politischer Herausforderungen liegt nach meiner Wahrnehmung in eben diesen beiden Orientierungspunkten. Sie verliehen ihm die Unangreifbarkeit, auf die er sich stets mit seinen Thesen berufen konnte, und aus ihnen schöpfte er die Gewissheit, dass seine Visionen zu Realitäten werden können. Ein zentrales Beispiel ist die so simple und von ihm in wohl tausenden von Vorträgen erklärte Systematik der „Energieketten“: Je mehr Übergabepunkte zwischen der Energie(träger)gewinnung und dem Endverbraucher liegen, desto ineffizienter und teurer wird es. In Überwindung von Denkbarrieren schlussfolgerte er daraus den Systemwechsel, hin zum Solarzeitalter, der Energieautonomie, die in konsequenter Verfolgung der Ausgangsprämisse, den Weg zum Endkunden so kurz wie möglich zu halten, die Dezentralität zum Schlüsselement des Systemwandels definiert.

Für sein letztes Buch „Der energet(h)ische Imperativ“ bin ich ihm mit Blick auf unsere Gesellschaft einmal mehr dankbar: Er schuf für seine Prämissen bereits in Gestalt des Titels eine Formel. Mit dem Inhalt des Buches tritt er unwiderlegbare Beweisführungen an. Zugleich vermittelte er mir aber auch mit seiner Arbeit an diesem erklärtermaßen „letzten Buch zur Energiepolitik“ ein mulliges Gefühl, das für mich mit seinem Tod eine Erklärung bekommen hat.

Als Hermann Scheer am 28. Oktober 2010, dem Tag der Abstimmung über die Laufzeitverlängerung, im Deutschen

Bundestag verabschiedet wurde, konnte ich die Halbmastflagge nicht in erster Linie auf seinen Tod beziehen. Sie verkörperte für mich eine abrutschende Demokratie. Die Opposition bäumte sich ein letztes Mal mit guten Argumenten auf. Der Gesetzgeber verkaufte sich dennoch an die fossil-atomare Energiewirtschaft, getragen vom Fraktionszwang. Klar war allerdings: die Mehrheit konnte jedenfalls nicht von dem Gesetzgeber in seinem Selbstverständnis als Volksvertreter errungen werden. Und selbst der durch die namentliche Abstimmung verlangte Fraktionszwang konnte einige Abgeordnete aus dem Flügel der Regierungsfaktionen nicht davon abhalten, dem Energiepaket bzw. der Laufzeitverlängerung ihre Zustimmung zu verweigern.

Jede Fraktion braucht ihre Mehrheiten, auch für eine kräftige Oppositionsarbeit. Die Fraktionen sind häufig auf Geschlossenheit angewiesen. Der ungeschriebene, aber dennoch bestehende Fraktionszwang ist aber dann unvereinbar mit dem Grundgesetz, wonach der Abgeordnete in seiner Funktion als Volksvertreter seinem Gewissen unterworfen ist, wenn eben dieses Selbstverständnis nicht mehr in meinungsbasierten Entscheidungen mündet bzw. das Gewissen nur in Fokussierung auf Fraktionstreue ausgelegt wird. Die Geschlossenheit der Fraktion ist kein Selbstzweck. Sie erweist sich als ein auf den Parlamentarismus gerichtetes Fallbeil, wird sie von den Abgeordneten unter Außerachtlassung der Effekte, die dies auf die innerfraktionelle Entscheidungsfindung haben kann, eingefordert. Den Ablauf solcher Verfahren skizziert der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow ernüchternd in seinem Buch „Wir Abnicker“ am Beispiel des in der letzten Legislaturperiode verhandelten CCS-Gesetzesvorhabens.

Die am Vormittag des 28. Oktober zentrale Auseinandersetzung war nicht das Für und Wider der Atomenergienutzung. Es ging vielmehr im Kern um die Übergehung des Gesetzgebers, das Nicht-Einhalten eines geordneten Gesetzgebungsverfahrens. Denn nur so konnte das der Laufzeitverlängerung gewidmete Energiepaket unter Anwendung gesetzgeberischer Mechanismen erzwungen werden, womit eine bedrohlich anmutende Lesart von „Staatsgewalt“ zu entstehen scheint. Leisten kann sich dies eine Regierung nur mit Blick auf den Fraktionszwang und die ihn ermöglichende namentliche Abstimmung. Gäbe es ihn nicht, müsste sich die Regierung einem ausgiebigen parlamentarischen Prozess der Offenlegung und Diskussion von Gesetzesvorhaben stellen – um der eigenen Mehrheit willen. Auch der „Typ“ des Politikers bliebe von dem Wegfall des Fraktionszwanges nicht unberührt. Unbequem, da die Verfassung reflektierende, Argumente und deren Köpfe bräuchte man, statt sie als störend zu empfinden. Ethische Fragestellungen, verfassungsrechtliche Prämissen, wie das Willkürverbot (Warum gerade fünf Jahre Brennelementsteuer und nicht unbegrenzt? Warum die Steuer erst für ab 2011 erstmals eingesetzte Brennelemente?), das Staatsziel Umweltschutz, ganz zu schweigen

von der Menschenwürdegarantie, werden in Verfahren, wie sie die Bundesregierung mit der Verabschiedung des Energiepakets exerziert hat, ignoriert. Ist es mit der Garantie der Unantastbarkeit der Menschenwürde vereinbar, wenn der Gesetzgeber mit Blick auf die Gewährleistung von Versorgungssicherheit einem eindimensionalen, ökonomischen Kalkül folgt, indem er mit der Laufzeitverlängerung eine Verschärfung und Anhäufung von Gefahrenpotenzialen mit latent völkervernichtender Dimensionen schafft und hierbei keine energiepolitische Notwendigkeit darzulegen vermag?

Die Entscheidung vom 28. Oktober ist in erster Linie ein Frontalangriff auf unsere parlamentarische Demokratie, eine Verleugnung der für das verfassungskonforme Agieren des Gesetzgebers existenziellen Prämissen. Entschieden werden konnte in dieser Form, weil die Handhabung von Mehrheiten auf der Basis namentlicher Abstimmungen der Bundesregierung ermöglicht, einen offenen, von individuellen Ansichten der Abgeordneten geprägten, Diskurs zu vermeiden. Gesetzespakete auf Initiative der Bundesregierung tragen sachlich und auch hinsichtlich des Verfahrens ihrer Verabschiedung eben diese Handschrift.

Die Auflösung des Fraktionszwanges kann man mit der Einführung von geheimen Abstimmungen für Sachentscheidungen erreichen. Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht dies bisher nicht vor. Nur bei der Personenwahl betreffende Abstimmungen darf der Abstimmende verdeckt bleiben.

Sicher wollen wir transparente Entscheidungen, wollen nachvollziehen können, wessen Stimmen zu welcher Entscheidung führen konnten. Veranlasst eine namentliche Abstimmung und der durch sie intendierte Fraktionszwang allerdings, dass es bei gewissen Entscheidungen auf die Stimme des Abgeordneten nur noch als Zählstimme ankommt, wird die transparente Entscheidung eines Parlamentariers zur ihn demütigenden Farce. Die geheime Abstimmung ist insofern kein Minus an Transparenz, zumal dann nicht, wenn mit ihr öffentlich wahrnehmbare, parlamentarische Meinungsbildungsprozesse in Gang gesetzt werden.

Es ist eine Gewissensfrage des Abgeordneten: Wem werde ich eher – durch die Geschäftsordnung des Bundestages geschützt – meiden, unter die Augen zu treten: dem von meiner Stimme nicht getragenen Kollegen, oder dem Volk, das von mir erwartet, mit dem eigenen Gewissen und den grundgesetzlichen Prämissen vereinbare Entscheidungen zu treffen? Eine Geschäftsordnung, die hierauf keine verantwortbare Antwort gibt, sollte geändert werden und dabei unsere Verfassung im Blick behalten.

Dr. Nina Scheer



Klimaschutz mit Rendite

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist wirtschaftlich und zuverlässig. Die Technologie ist ausgereift und die Prozesse basieren auf langjährigen Erfahrungen. Eine Investition in unsere Anlagen liefert Ihnen sichere Renditen und macht Sie unabhängig. Das lohnt sich für Unternehmen, Privatpersonen und besonders für Kommunen. Beginnen Sie jetzt eine saubere Zukunft. Wir liefern alles aus einer Hand. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir erneuerbare Energien wirtschaftlich und zuverlässig durchsetzen.

www.juwi.de



juwi
Die Energie ist da

Mitgliedsantrag / Bestellschein

An:
UnternehmensGrün e.V.
Bundesverband der grünen Wirtschaft
Wielandstraße 17, 10629 Berlin, per Fax an 030-325 99 682
www.unternehmensgruen.de

Unternehmen _____

Vorname _____ Nachname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel/Fax _____

E-Mail-Adresse _____

⇒ Ich interessiere mich für UnternehmensGrün und bitte um **weitere Informationen**.

⇒ Ich abonniere den **kostenlosen UnternehmensGrün-Newsletter**.
(erscheint alle 4 Wochen, Abmeldung jederzeit möglich)

⇒ Ich abonniere das **UnternehmensGrün Journal**. (unbefristet, erscheint halbjährlich, 25,00 € incl. Versand pro Jahr, Gültig nach Erhalt der ersten Ausgabe, Abbestellung acht Wochen vor Jahresende)

⇒ Ich unterstütze UnternehmensGrün durch eine Spende in Höhe von € (Spendenbescheinigung erhältlich)

⇒ **Ich möchte UnternehmensGrün-Mitglied werden!**

Wir werden als **Unternehmen** Mitglied

Ich werde als **Einzelperson** Mitglied

Ich werde **Fördermitglied*** * Fördermitglieder können Privatpersonen werden, die nicht zugleich Unternehmer bzw. Selbstständige oder leitend in der Wirtschaft Tätige sind.

Ich entscheide mich für den jährlichen

Regelbeitrag von 650,00 € reduzierten Beitrag von 325,00 €

Fördermitgliedsbeitrag von mind. 120,00 €

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige UnternehmensGrün, bis auf Widerruf die fälligen Beträge von meinem Konto abzubuchen.

Bitte buchen Sie **jährlich** ab. Bitte buchen Sie **monatlich** ab.

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Geldinstitut _____

KontoinhaberIn _____

Datum und Unterschrift KontoinhaberIn _____

**Überarbeitet?
Delegieren Sie Ihre Präsentation doch einfach an uns.**

**Wir sind die Spezialisten für
Messestände, Ausstellungen
und Events.**

**Tel. 0 75 06 / 95 16-0
www.e-konzept.de**

e.Konzept
Unternehmenspräsentationen